



**Beschlussbuch
zum 29. Ordentlichen
Landesparteitag
der SPD Saar**

Freitag, 9. Oktober und
Samstag, 10. Oktober 2015

Gebälsehalle Neunkirchen

Angenommene
und überwiesene Anträge
des 29. Ordentlichen
Landesparteitags
der SPD Saar

Nummer	Titel	Votum des Parteitags	Seite
Resolutionen			
	Unser Kompass: Gutes Leben im Saarland.	angenommen	1
	Flüchtlingsresolution	angenommen	6
Arbeit und Soziales (AS)			
AS1	Öffentlich geförderte Beschäftigung muss verstärkt werden	angenommen	12
AS2	Rente	angenommen	13
AS3	Altersgrenzen	angenommen	14
AS4	Ehre, wem Ehre gebührt – Engagement für unsere Gesellschaft stärker wertschätzen, Ehrenamt rechtlich stärken	angenommen	15
AS5	Aktiv alt werden	angenommen	16
AK1 zu AS6	Missbrauch befristeter Arbeitsverträge stoppen!	angenommen	19
AS7	Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen	angenommen	20
AS8	NEIN zu Eingriffen in das Eingliederungssystem der Jobcenter!	angenommen	21
AS9	Bindung der finanziellen Förderung von Baumaßnahmen des Landes an Barrierefreiheit	angenommen	22
Ini1	Gegen den Missbrauch von Werksverträgen, für faire Arbeit und Mitbestimmung	angenommen	23
Ini2	GABB	angenommen	25
Bildung (B)			
B1	Echte Religionsfreiheit für Schüler_innen	angenommen	26
AK2 zu B3	Inklusion in allgemeinbildenden Schulen ziel- und erfolgsgerecht umsetzen!	angenommen	27
B4	Verbesserung von Schulausstattungen	angenommen	28
B5	Schwimmunterricht im Saarland ausbauen	überwiesen an Landesvorstand und Landtagsfraktion	29
B6	Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit	angenommen	30

B7	Für eine Offensive zum Lesen und Schreiben lernen	angenommen	31
B8	Gesunde Schule Saarland – Einführung eines Schulentwicklungsprogramms	angenommen	32
B9	Berufs- und Studienorientierungskonzept für allgemeinbildende Schulen	angenommen	36
B10	Ganztagsklassen für berufliche Vollzeitschulen ermöglichen	angenommen	37
B11	Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe im Saarland	angenommen	38
B12	Digitale Bildung als verbindliche Querschnittsaufgabe an saarländischen Schulen	angenommen	39
Europa (EU)			
AK3 zu EU1-EU6	Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA	angenommen	40
EU7	Sperrklausel	angenommen	45
EU8	Gebühren für Daten-Roaming abschaffen – Digitalen Binnenmarkt für unsere Großregion schaffen	angenommen	46
Finanzen (F)			
F1	Für eine gerechtere Erbschaftssteuer	angenommen	47
Familie und Partnerschaft (FP)			
FP1	Familienarbeitszeit: mehr Zeit für Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf	angenommen	49
FP2	Arbeit und Leben in Einklang bringen: Zeitpolitik als vernetzte Strategie für eine gute Work-Life Balance	angenommen	51
FP3	Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare	angenommen	53
FP4	100% Gleichstellung nur mit uns!	angenommen	55
FP5	Vielfalt leben im Saarland - Aktionsplan für sexuelle Vielfalt	angenommen	56
FP6	Jugendhilfe stärken. Kein Abbau von sozialer Infrastruktur	angenommen	57
AK4 zu FP7	Betreuungsgeld	angenommen	61
Gesundheit (G)			
G3	Erste Hilfe rettet Leben	angenommen	62
G4	Organspende rettet Leben	überwiesen an Landesvorsta	63

		nd	
G5	Zulassung zum Medizinstudium	angenommen	64
AK5 zu G7 und G14	Systemwechsel in der Finanzierung des Gesundheitswesens	angenommen	65
G8	Organisation einer ressortübergreifenden zeitnahen Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention im Saarland	angenommen	66
AK6 zu G10	Gesundheitspolitik als Wahlkampfthema in den Blick nehmen	angenommen	67
G11	Bundesweit angemessene Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr für Medizinstudenten	angenommen	68
G12	Therapiekostenübernahme bei Lipödemen	überwiesen an ASG	69
G13	Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen	angenommen	70
Inneres und Justiz (IJ)			
IJ1	Transparenz verbessern – gegen den Ausverkauf der Demokratie!	angenommen	71
AK7 zu IJ3	Vorratsdaten	angenommen	72
AK8 zu IJ4	Öffentliche Petitionen auch im Saarland möglich machen!	angenommen	73
IJ5	Freiheit stärken, §166 StGB streichen	überwiesen an ASJ	74
IJ7	Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!	überwiesen an Bundestagsfraktion	75
IJ8	Modellprojekt zur Cannabis-Legalisierung im Saarland	überwiesen an Landesvorstand	76
IJ9	Moderner Datenschutz sichert Freiheits- und Bürgerrechte	überwiesen an Landesvorstand	77
IJ10	Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen anerkennen	angenommen	85

Kommunales (KOM)			
KOM1	Kommunales Wahlrecht für nicht EU-Ausländer	angenommen	87
KOM2	Zusammen stehen gegen Rechts – Keine Zusammenarbeit mit der AfD	angenommen	88
KOM3	Nachhaltiges Landesbäderkonzept entwickeln – jetzt!	überwiesen an Landesvorstand	89
KOM4	Finanzierung Personaleinstellungen	angenommen	90
KOM6	Ländlicher Raum – ein starkes Stück Saarland	überwiesen an Landesvorstand	91
KOM7	Verantwortung für Kommunen übernehmen – Reformen jetzt umsetzen	angenommen	94
KOM8	Stärkung der Rechte der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen	angenommen	95
Organisation (O)			
O1	Bildung einer SPD International	angenommen	96
O2	Bericht über die Behandlung von Anträgen	angenommen	97
O3	Information der Parteiorganisation	angenommen	98
O4	Paritätisch besetzte Doppelspitze jetzt ermöglichen!	angenommen	99
Umwelt, Energie und Verbraucherschutz (UEV)			
UEV1	Fracking	überwiesen an AK Umwelt	100
UEV2	Für ein neues Internationales Klimaabkommen	angenommen	101
UEV3	Verbraucherschutz bei Kfz-Versicherungen im digitalen Zeitalter sicherstellen	angenommen	102
UEV4	Ein wirtschaftlich starkes Saarland mit intakter Natur. Ökologie und Ökonomie sind kein Widerspruch	angenommen	104
UEV5	Genfood	angenommen	107
UEV6	Verbot des Herbizids Glyphosat	angenommen	108
Wirtschaft und Strukturpolitik (WS)			
WS1	Weinbau im Saarland fördern	angenommen	109
WS2	Digitales Saarland – für eine zukunftsfeste digitale Infrastruktur	angenommen	110
WS3	Digitales Saarland – Moderne kommunale Verwaltung ermöglichen: Ein kommunales Rechenzentrum	angenommen	113

	schaffen		
WS4	Kooperation von Industrie und Wissenschaft ausbauen: „Forum Industrie und Wissenschaft“ etablieren	angenommen	114
WS5	Existenzgründungen im Saarland aktivieren	angenommen	115
WS6	Mit starker Industrie und innovativem Handwerk Zukunft sichern	angenommen	116
WS7	Gesetzlicher Mindestlohn für Auszubildende	überwiesen an Landesvorsta nd	118
WS8	IPV6 – Gläsernes Internet – NEIN DANKE!	überwiesen an Zukunftswerk statt Digitale Agenda	119
WS9	Taktwechsel im ÖPNV	überwiesen an Landesvorsta nd	120
WS10	Standort stärken – Für zukunftssichere Industrieregionen im Saarland	angenommen	121

Hinweis:

Beschlossene Änderungen der Ursprungsanträge durch entsprechende Änderungsanträge wurden in den vorliegenden Fassungen der Anträge bereits aufgenommen.

Unser Kompass: Gutes Leben im Saarland.

angenommen

Landesvorstand SPD Saar

Prolog.

Wer uns kennt, der weiß: Wir Saarländerinnen und Saarländer halten zusammen. Zusammenhalt ist eine saarländische Tugend.

Uns verbinden Werte. Die Menschen in unserem Land sind fleißig, Verlässlich daheim und auf der Arbeit. Wir helfen uns in Familie, Verein und Nachbarschaft. Im Saarland wird geschafft: Denn die Menschen hier vertrauen darauf, dass sich ihre Leistung lohnt.

Zusammenhalt und Herzlichkeit, Leidenschaft und Ehrlichkeit, Verantwortung und Pragmatismus, Offenheit, Respekt und Hilfsbereitschaft. Das sind die Attribute der Menschen, die hier leben und die unser Land ausmachen.

Für uns als SPD Saar ist das die Basis, auf der wir mit den Saarländerinnen und Saarländern die Zukunft unserer Heimat bauen möchten: Gemeinsam entwickeln wir daraus die Projekte, mit denen wir „Gutes Leben im Saarland“ ermöglichen.

Dies ist unser Kompass für unsere Vorhaben. Für heute und morgen, für uns und unsere Kinder.

I. Das Saarland ist ein „Miteinanderland“.

Wir Saarländerinnen und Saarländer sind immer bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir sind immer bereit, die schwierigen Herausforderungen der Zukunft anzupacken. Menschen, die sich finden und füreinander einstehen, machen sich selbst und das Saarland stark. Sie machen unser Land zum Miteinanderland. Als SPD Saar stärken und stützen wir sie für ein gutes Leben im Saarland.

Die Familie ist unser Mittelpunkt.

Wir fördern neue Formen des Zusammenlebens der Generationen. Neue Modelle der Kooperation von Mensch und Technik sollen uns dabei helfen, unsere Eltern und

Großeltern sicher und liebevoll zu pflegen. Mit einer modernen Kombination aus technischer Assistenz und individueller Hilfe erleichtern wir uns den Alltag und ermöglichen gutes Leben. Die Menschen sollen selbstbestimmt in ihren gewohnten Gemeinschaften jung bleiben und alt werden können.

Verein(t) fürs Land.

Unsere Vereine leisten viel mehr als Kultur, Sport oder Geselligkeit: Sie sind der Kitt für das Zusammenleben in einer solidarischen Gesellschaft. Das gilt nirgendwo so sehr wie im Saarland. Deshalb werden wir in diese Strukturen investieren. Zum Finden und Binden aktiver Mitglieder für ein gutes Vereinsleben, das für uns so wichtig ist.

Leben und Wohnen im ländlichen Raum.

Eine lebendige Gemeinschaft braucht Substanz: zum Wohnen, Einkaufen und Versorgen. Gemeinsam mit den Saarländerinnen und Saarländern entwickeln wir ganzheitliche Pläne für unsere Dörfer und verbinden gutes Geld mit guten Ideen zu Investitionen in die Zukunft.

Unsere Städte – Heimat von Kultur und Kreativität.

Wir stehen zu unseren Städten im Saarland. Unsere Landeshauptstadt, unsere Kreis- und Mittelstädte sind Heimat von Kultur und Kreativität. Diesen Geist werden wir fördern, indem wir Kulturschaffende und Kreative in die Entwicklung unserer Städte aktiv einbinden. Dazu werden wir Plattformen bieten.

Mobil durchs Land – einfach und günstig.

Wir wollen mehr Menschen im ÖPNV richtig miteinander verbinden. Mit eTicket und eTarif wird das Handy zum Fahrschein: Gezahlt wird nur noch die kürzeste Entfernung – und zwar nach Luftlinienkilometern. Die ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer sollen zukünftig über eine App auch die Verbindungen melden können, die sie gerade wirklich brauchen. Daraus bauen wir den Fahrplan der Zukunft.

II. Das Saarland ist ein „Chancenland“.

Kein Thema ist so wichtig für die Zukunft unseres Landes wie gerechte Bildungschancen für alle. Gute Bildung ist das Fundament zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Gute Bildung eröffnet jedem Einzelnen die Chance zu einem selbstbestimmten, guten Leben. Gerade in Zeiten, in denen der demografische Wandel für uns alle spürbar wird, wollen wir dafür sorgen, dass junge Menschen bei

uns gute Perspektiven haben.

Beste Startchancen für alle – von Anfang an.

Schon den Kleinsten werden wir alle Chancen eröffnen. Wir werden allen Eltern einen Kita-Platz für ihre Kinder garantieren. Wir investieren dabei in flexible wohnort- und arbeitsplatznahe Betreuung. Genauso, wie es Kinder und Eltern wirklich brauchen.

Ganztägige Bildung fürs ganze Land.

Wir gehen auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern ein. Deshalb werden wir den Ganzttag im Saarland weiter ausbauen und so mehr Zeit zum Lernen ermöglichen und zugleich einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf leisten.

Saarländische Karrieren – die Ausbildungsgarantie.

Die duale Ausbildung macht fit für den Beruf und sorgt für gute Karrierechancen. Das soll für alle möglich sein: Wir werden jedem Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Ausbildungsplatz im Saarland garantieren. Bleibt bei uns und ergreift Eure Chancen!

Attraktive Hochschulen für junge Menschen.

Das Saarland muss als Hochschulstandort attraktiver werden. Unsere Landeshauptstadt bietet dafür gute Voraussetzungen. Deshalb werden wir gemeinsam mit Universität und HTW, HfM und HBK einen Runden Tisch Hochschulen einrichten. Hier wollen wir dafür sorgen, dass sich die Ausrichtung unserer Hochschulen an der Zukunft unseres Landes orientiert. Wir wollen ein modernes, weltoffenes und vernetztes Saarland. Das soll in unseren Hochschulen zum Ausdruck kommen.

III. Das Saarland ist „das Land der Macher und der Schaffer“.

Saarländerinnen und Saarländer haben schon immer ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. Tüchtigkeit und Eifer zeichnen uns aus. Wir sind zielstrebig und kreativ. Wir identifizieren uns mit unseren Unternehmen. Aber wir vergessen dabei nie, dass es Familien und Freunde gibt, die uns brauchen. Gerade deshalb ist für uns wichtig: Wer schafft, muss mehr in der Tasche haben für ein gutes Leben. Denn Leistung muss gerecht belohnt werden.

Die richtige Balance finden – den Acht-Stunden-Tag erhalten.

Um erfolgreich im Beruf zu sein, braucht jeder Mensch eine ausgewogene Work-Life-Balance – ganz im Sinne der Guten Arbeit. Sie bleibt auch weiterhin unsere Richtschnur. Wir werden deshalb den Acht-Stunden-Tag nicht antasten. Außerdem stehen wir zum arbeitsfreien Sonntag.

Ohne Sanduhr in die Welt – unsere Breitbandoffensive.

„Seite wird geladen... Bitte warten.“ – das wollen wir im Saarland nicht mehr lesen. Ob Wirtschaft oder private Nutzer: Wir brauchen echtes High-Speed-Internet im ganzen Land. Wir werden den Breitband-Ausbau vorantreiben, um unsere Dörfer und Städte und vor allem unsere mittelständischen Betriebe mit schnellem Internet zu versorgen.

Unternehmenserfolge mit guten MitarbeiterInnen – unsere Weiterbildungsoffensive.

Wirtschaftlicher Fortschritt gelingt nur mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir kümmern uns deshalb ganz besonders um unsere Fachkräfte. Damit wir alle in der digitalisierten Arbeitswelt von heute und morgen am Ball bleiben können, werden wir eine Weiterbildungsoffensive auf den Weg bringen. Für alle, die schon im Beruf stehen. Aber auch für die, die einen Arbeitsplatz suchen.

Die Fachkräfte von Morgen – das Land der Techniker und Ingenieure.

Eine starke Wirtschaft braucht Innovationen aus Forschung und Technologie sowie Fachleute aus allen Bereichen. Dieses Know-how können wir nur mit unseren Hochschulen entwickeln. Wir werden daher unsere Hochschulen an den Bedürfnissen des Landes ausrichten und so zum Land der Techniker und Ingenieure werden.

Unser Auftrag.

In all diesen Bereichen haben wir schon einiges vorzuweisen. Wir wollen aber noch besser werden. Selbstbewusst krempeln wir die Ärmel hoch und bauen mit starken Menschen und guten Ideen an unserer Zukunft: Gemeinsam machen wir das Saarland zu einem Land, in dem wir gerne leben und arbeiten. Generationenübergreifend. Wir können das: Denn wir sind nicht nur die Macher und die Schaffer, wir Saarländerinnen und Saarländer sind die wahren Könner.

Wir gehen mit der Zeit. Deshalb werden wir unsere Finanzmittel darauf ausrichten, die drei genannten Kernbereiche mit ganz konkreten Maßnahmen noch weiter zu verbessern: Wir fördern das Miteinander in Familien und Vereinen. Wir geben allen die gleichen guten Chancen, durch gute Bildung in eine gute Zukunft zu gehen. Und

wir leiten ganz offensiv Maßnahmen ein für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Wir investieren in unsere Infrastruktur, wir investieren in Fortschritt, wir investieren in die guten Perspektiven unserer Heimat. Mit Zusammenhalt und Herzlichkeit, mit Leidenschaft und Ehrlichkeit, mit Verantwortung und Pragmatismus und mit Offenheit, Respekt und Hilfsbereitschaft. Wir geben den Menschen Sicherheit. Das ist unser Auftrag, das ist unsere Aufgabe – für „Gutes Leben im Saarland“.

Das alles ist unser Kompass. Denn das alles können nur WIR: Wir stehen für Chancengerechtigkeit und wir stehen für Leistungsgerechtigkeit. Wir schaffen Zukunft für Jung

und Alt. Wir bringen die Menschen zusammen. In Stadt und Land, auf der Arbeit und nach Feierabend. Wir haben das Herz und wir haben den Mut. Wir stehen zu unserem Saarland und zum guten Leben.

Wir sind das Saarland. Wir sind die SPD. Wir sind die Saarland-Partei.

Resolution

Mit Mut, Herz und Realitätssinn: Das Saarland heißt willkommen.

angenommen

Landesvorstand SPD Saar

Wir stehen uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl

Weltweit sind viele Millionen Menschen auf der Flucht. Tendenz steigend. Wer aus seiner Heimat vor Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung fliehen muss, hat einen Anspruch auf Schutz. Unser Grundgesetz garantiert das Grundrecht auf Asyl.

Es ist unsere Pflicht, die Schutzsuchenden aufzunehmen, sie menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Grundrechte stehen nicht unter Finanzierungsvorbehalt. Jegliche Eingriffe in dieses Recht werden am Widerstand der SPD scheitern.

Das Grundrecht auf Asyl ist dabei aber keine Einbahnstraße: Dass die Menschen, die zu uns kommen, unsere demokratischen Prinzipien anerkennen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Grundpfeiler unserer solidarischen Gesellschaft wie das Grundgesetz, Meinungs- und Religionsfreiheit oder Gleichberechtigung stehen nicht zur Disposition.

Die SPD Saar bekennt sich zu einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik, basierend auf den Werten Solidarität und Menschlichkeit. Wir heißen die Schutzsuchenden in unserer Mitte willkommen.

Herausforderung gemeinsam bewältigen

Die aktuelle Flüchtlingssituation stellt alle staatlichen Ebenen vor große Herausforderungen. Unsere Städte und Gemeinden dürfen wir nicht alleine lassen. Die Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche, nationale Aufgabe, die einer dauerhaften Finanzierung bedarf.

Die SPD Saar fordert daher die Bundesregierung auf, den Ländern und Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel zur Bewältigung dieser enormen Aufgaben strukturell zur Verfügung zu stellen. Die Beschlüsse des zweiten Flüchtlingsgipfels der

Bundesregierung mit den Bundesländern waren dazu bereits ein wichtiger Beitrag. Langfristig wird die Einhaltung der Schuldenbremse in den Ländern von einer gerechten Lastenverteilung zwischen Bund sowie Ländern und Kommunen abhängig sein.

Die großen Anstrengungen wären nicht möglich ohne die hervorragende und unermüdliche Arbeit der unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese Menschen machen das Gesicht unserer Gesellschaft aus.

Die SPD Saar ist stolz auf die vielen ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer und dankt ihnen von Herzen für ihr Engagement.

Gegen Rassismus – den Ängsten mit Realitätssinn begegnen

Wir müssen die berechtigten Ängste und Sorgen der hier lebenden Menschen ernst nehmen. Wir haben eine unglaubliche Willkommenskultur entwickelt. Diese können wir nur aufrechterhalten, wenn klar ist: Die Bewältigung der Flüchtlingskrise darf niemals dazu führen, dass die Bedürfnisse der Menschen gegeneinander ausgespielt werden.

Die SPD Saar sorgt mit Realitätssinn dafür, dass wir beides schaffen können: Flüchtlinge zu versorgen und zu integrieren und gleichzeitig unser Land zusammenzuhalten und niemanden, der hier lebt, zu vergessen.

Wir treten jeder Form von rassistischen, fremdenfeindlichen und Hass schürenden Kampagnen entgegen. Jeder Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft. Wir wenden uns gegen jeden Versuch rechtspopulistischer und -extremer Gruppen, Angst und Ablehnung gegenüber Schutzsuchenden zu erzeugen.

Chance für Deutschland: Leerstände und sozialen Wohnungsbau wiederbeleben

Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Integration ist in einem ersten Schritt das ausreichende Vorhandensein bezahlbaren Wohnraums für alle Menschen. Hier steht der Bund in der Pflicht, ein effektives Förderprogramm für Wohnungsbau und -sanierung auf Zuschussbasis vorzulegen. Ein solches Förderprogramm führt zu einer Entspannung des Marktes im unteren Preissegment. Gleichzeitig ist es eine

große Chance für Städte und Dörfer, um Leerstände instand zu setzen und zu reaktivieren – dies soll Vorrang vor Wohnungsneubau haben. Die Verteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen soll sich daher zukünftig nicht mehr nur nach starren Quoten, sondern auch nach der Verfügbarkeit von freiem Wohnraum in den Kommunen richten. Damit gelingt uns gleichzeitig die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus: Diese Wohnungen kommen eben nicht nur Flüchtlingen zugute, sondern allen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind.

Mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen

Für die SPD Saar ist Bildung ein wichtiger und elementarer Baustein, damit Integration und Teilhabe an unserer Gesellschaft gelingen kann. Kein Kind darf hierbei verloren gehen – das gilt für Flüchtlingskinder genauso wie für die hier aufgewachsenen Kinder. Unabdingbar ist dabei der direkte Zugang zu Bildung sowie der Zugang zu Sprachkursen für Kinder und Erwachsene, für Frauen und Männer.

Unser Ziel ist es, Kinder mit Fluchterfahrung so schnell und so gut wie möglich in unsere Bildungssysteme aufzunehmen und zu integrieren. Das gilt für die frühkindlichen Bildungseinrichtungen ebenso wie für die Schulen. Aus diesem Grund muss weiterhin eine rasche und zügige Beschulung der Kinder und Jugendlichen ermöglicht werden, ohne die in den letzten Jahren erreichten Qualitätsverbesserungen im saarländischen Bildungssystem zu gefährden.

Wir begrüßen daher außerordentlich, dass dank des Einsatzes der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Landtag und Landesregierung dem gestiegenen Bedarf an Lehrkräften in saarländischen Schulen Rechnung getragen wird. Die erforderlichen 130 Lehrkräfte für über 100 notwendige neue Klassen werden zur Verfügung gestellt, die mobile Lehrer_innenreserve wieder in vollem Umfang aufgestockt. Darüber hinaus wird der ursprünglich geplante Abbau von Stellen für die Jahre 2016 und 2017 vorläufig ausgesetzt. Auch die Schaffung neuer Stellen ist möglich falls erforderlich.

Damit ein Zusammenleben in den Bildungseinrichtungen gelingt, müssen wir allerdings auch einen verbesserten Zugang zu psychologischer Betreuung und eine verstärkte sozialpädagogische Unterstützung sicherstellen.

Zuwanderung als Chance für unsere Gesellschaft

Neben der Erfüllung unserer humanitären Verpflichtung begreifen wir Zuwanderung aber auch als Chance für unsere Gesellschaft. Wenn es uns gelingt, die notwendigen Voraussetzungen zur Teilhabe der Flüchtlinge an unserer Gesellschaft zu schaffen, können sie uns dabei helfen, den drohenden Fachkräftemangel zu bekämpfen. Jeder Flüchtling, der Arbeit findet, kann sich auch selbst versorgen. Wir müssen für einen verbesserten Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sorgen und zu erforderlichen Weiterbildungen beraten. Der Bund muss die Arbeitsverwaltung finanziell in die Lage versetzen, Arbeitsvermittlung und Sprachkurse zu finanzieren.

Die SPD Saar setzt sich dafür ein, dass Langzeitarbeitslose in Beschäftigung vermittelt werden. Der Bund muss daher endlich den Passiv-Aktiv-Transfer ermöglichen und den Eingliederungstitel bedarfsgerecht aufstocken, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Auch muss der Mindestlohn für Flüchtlinge gelten, damit diese nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden und regulär Beschäftigte verdrängen.

Wir können jedoch nicht all jene aufnehmen, die aus anderen Gründen als Krieg und Verfolgung zu uns kommen. Das ist nicht Aufgabe des Asylrechts. Deutschland braucht daher ein Einwanderungsgesetz für eine kluge Steuerung der Zuwanderung jenseits des Asyl- und Flüchtlingsrechts.

Ganzheitlicher Blick auf die Flüchtlingssituation erforderlich – Hände weg von Schengen

Wir möchten in einem gerechten und solidarischen Europa leben. Einem Europa, in dem Integration gelebt wird. Stattdessen erleben wir immer häufiger ein Europa der Abgrenzung. Während Deutschland den 25. Jahrestag der Deutschen Einheit unter dem Motto „Grenzen überwinden“ feiert, werden in Ungarn erneut Grenzzäune errichtet. Innerhalb des Schengen-Raumes wurden die Schlagbäume wieder runtergelassen.

Für die SPD Saar steht fest, dass es nicht sinnvoll ist, Stacheldraht gegen die Menschenwürde auszurollen. Es muss klügere Lösungen für die Außengrenzen Europas geben.

Eine Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation kann nur gelingen, wenn Europa in der Flüchtlingspolitik endlich zusammensteht und die Herausforderungen gemeinsam angeht. Europa hat mit Milliardensummen die Banken gerettet. Jetzt gilt

es, dass wir uns auf ein Europa der Menschen zurückbesinnen. Das Dublin-System ist faktisch gescheitert. Die Europäische Union hält es langfristig nicht aus, wenn nur wenige Mitgliedstaaten die Hauptlast tragen. Durch einen fairen und transparenten Verteilungsschlüssel müssen Flüchtlinge künftig dauerhaft auf alle 28 Mitgliedstaaten verteilt werden. Registrierungszentren an den europäischen Außengrenzen könnten eine geeignete Maßnahme sein, um die Fluchtwege zu verkürzen, eine gerechte Verteilung nach einheitlichen Standards zu gewährleisten und das Verfahren insgesamt zu beschleunigen.

Neben der Bewältigung der Flüchtlingssituation in Deutschland und Europa gilt es jedoch insbesondere, die Fluchtursachen in den Herkunftsstaaten zu bekämpfen. Kein Mensch flieht freiwillig aus seiner Heimat. Es muss uns gelingen, Krieg, Gewalt und Vertreibung einzudämmen und den Menschen wirtschaftliche und soziale Perspektiven in ihren Herkunftsländern aufzuzeigen.

Die SPD Saar ruft alle Staaten Europas dazu auf, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und dem Welternährungsprogramm (WFP) die benötigten Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um eine menschenwürdige Versorgung der Flüchtlinge in den Anrainerstaaten sicherzustellen. Dafür brauchen wir legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge nach Europa. Darüber hinaus ist der Ausbau des Seenotrettungsprogrammes im Mittelmeer unerlässlich, um die humanitäre Katastrophe vor den Toren Europas zu beenden.

Medizinische Versorgung und Betreuung: Menschenwürde sichern

Frauen flüchten häufig vor Gewalt, Unterdrückung und Vergewaltigung. Dabei ist eine kultursensible und geschlechtsspezifische medizinische und psychische Betreuung in der jeweiligen Muttersprache wichtig. Schwangere und Mütter mit kleinen Kindern bedürfen unseres besonderen Schutzes.

Für die SPD Saar gilt: Die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern müssen durchgängig berücksichtigt werden – beginnend schon mit dem Asylverfahren.

Für alle Menschen, die zu uns kommen, gilt: Wir müssen eine angemessene gesundheitliche Versorgung durch die gesetzliche Krankenversicherung gewährleisten. Hierzu brauchen wir ein Modell einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge, das auch geeignet ist, die administrativen Kosten für die Kommunen zu senken.

Wir heißen willkommen – mit Mut, Herz und Realitätssinn

Die aktuelle Flüchtlingssituation stellt unser Land auf allen Ebenen vor große Herausforderungen. Als Europäerinnen und Europäer ist es jedoch unsere Verpflichtung, aus unserer von Krieg und Vertreibung geprägten Geschichte zu lernen und denjenigen zu helfen, die heute unsere Hilfe brauchen.

Wir werden dabei die Menschen in unserem Land mitnehmen: Gemeinsam kann es uns gelingen, diese Aufgabe zu stemmen. Dazu müssen wir mutig die Entscheidungen treffen, die unsere Gesellschaft solidarisch in eine gute Zukunft führen.

Dafür steht die SPD Saar.

Öffentlich geförderte Beschäftigung muss verstärkt werden

angenommen

Kreisverband Merzig-Wadern

Die SPD Saar fordert den nachhaltigen Aufbau eines dauerhaft öffentlich geförderten „sozialen Arbeitsmarktes“, um langzeitarbeitslosen Menschen eine berufliche Perspektive zu schaffen und soziale Infrastruktur vor Ort zu sichern.

Um dies im erforderlichen Umfang zu finanzieren und um die Erfolgchancen der Arbeit auf Landesebene mit dem Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für das Saarland – ASaar“ zu erhöhen und zu verstetigen, fordert die SPD Saar die Einführungen eines „Passiv-Aktiv-Transfers“. Indem die durch die Beschäftigung eingesparten passiven Leistungen des Bundes und der Kommunen in Eingliederungsmittel umgeschichtet werden, finanzieren wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

Rente

angenommen

Kreisverband Neunkirchen

Die SPD engagiert sich für mehr Wahlmöglichkeiten beim Altersübergang und für Renten, von denen man leben kann und die Altersarmut vermeiden helfen, fortsetzen:

- Statt der Rente mit 67 fordert die SPD mehr Wahlmöglichkeiten beim Altersausstieg. Dazu gehört ein abschlagsfreier Rentenzugang für langjährig Versicherte, die abschlagsfreie Rente für Schwerbehinderte ab dem 62. Lebensjahr, eine neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit sowie ein verbesserter Zugang zur Erwerbsminderungsrente und die Streichung der Abschläge.
- Statt der weiteren Absenkung des Rentenniveaus fordert die SPD die Anhebung des Rentenniveaus besonders für niedrige Renten, um so zur Vermeidung von Altersarmut niedrige Einkommen bei steigenden Lebenshaltungskosten zu kompensieren.
- Die SPD fordert die Wiederankopplung der Renten an die Lohnentwicklung.
- Statt die Lasten der Alterssicherung durch Privatisierung einseitig den Beschäftigten aufzubürden, fordert die SPD, die gesetzliche Rente zu stärken und die paritätische Finanzierung der Alters- und Erwerbssicherungsrente wieder sicherzustellen.
- Alle Beschäftigten sind in die solidarische Altersversorgung einzubeziehen.

Weiterhin soll zur Stabilisierung der betrieblichen Säule der Altersversorgung die Regelung des §1b BetrAVG insoweit rückwirkend geändert werden, dass die Fristen zur Erreichung der Unverfallbarkeit von Betriebsrenten von fünf auf ein Jahr reduziert und die Altersgrenze von 25 Jahren auf 20 Jahre abgesenkt wird. Dies erscheint aufgrund der häufiger werdenden Befristungen zu Beginn des Arbeitslebens bzw. der generell immer kürzer werdenden Betriebszugehörigkeiten angebracht, um die angebotenen betrieblichen Altersversorgungen nicht wirkungslos werden zu lassen. Der Vorstand der SPD im Land und im Bund wird beauftragt, für diese Forderungen eine bundesweite Kampagne zu organisieren und parlamentarische Mehrheiten zu organisieren.

Altersgrenzen

angenommen

AG 60plus

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, Gesetze und Vorschriften des Landes auf bestehende diskriminierende Altersgrenzen im Ehrenamt überprüfen zu lassen und diese gegebenenfalls aufzuheben.

Ehre, wem Ehre gebührt – Engagement für unsere Gesellschaft stärker wertschätzen, Ehrenamt rechtlich stärken

angenommen

ASJ

Die SPD Saar spricht den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in allen Bereichen unserer Gesellschaft ehrenamtlich engagieren, Dank und Anerkennung aus. Sie setzt sich dafür ein, bestehende Hindernisse für die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit aus dem Weg zu räumen und neue Anreize hierfür zu schaffen. Dazu gehören

- eine stärkere Anerkennung des Ehrenamts in den sozialen Sicherungssystemen, insbesondere im Rentenrecht, bei der Unfallversicherung und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit,
- die Angleichung der Steuerfreibeträge für sämtliche ehrenamtlichen Tätigkeiten und die Gewährung einer Steuergutschrift,
- die Schaffung eines Gesetzes über Sonderurlaub für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne die Beschränkung auf die Jugendarbeit.

Aktiv alt werden

angenommen

Landesvorstand der SPD Saar

Die demografische Entwicklung in Deutschland in den nächsten Jahren ist Chance und Herausforderung zugleich. So viele Menschen wie nie zuvor haben die Chance auf eine längere Phase des aktiven Alters – gleichzeitig werden so viele Menschen wie nie zuvor im Alter auf Unterstützung angewiesen sein, insbesondere dann, wenn sie in ihrem Quartier, ihrer Gemeinde oder ihrem Dorf bleiben wollen. Aber auch die Familienstrukturen verändern sich: die Zahl der Singles steigt, Eltern leben nicht dort, wo ihre Kinder leben und arbeiten, eine steigende Zahl von älteren Menschen hat keine eigenen Kinder, die sie unterstützen könnten.

Dieser Wandel ist in Deutschland nach Japan weltweit am schnellsten und am tiefgreifendsten.

Unsere Gesellschaft ist auf das Älterwerden noch nicht ausreichend vorbereitet. Dies liegt auch an den unterschiedlichen Zuständigkeiten bei Bund, Ländern und Kommunen, die dazu führen, dass die notwendigen Rahmenbedingungen nicht oder nur sehr langsam geschaffen werden. Wenn wir Älteren Selbstbestimmung und Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglichen wollen, brauchen wir eine intensive Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen. Diese muss die Sozialversicherungen, das bürgerschaftliche Engagement, ein flächendeckendes Quartiersmanagement und den Ausbau der unterstützenden professionellen und bezahlbaren Infrastruktur beinhalten.

Politik für ältere Menschen muss auch als Teil einer übergreifenden Generationenpolitik verstanden werden. Wir brauchen eine ebenen-, bereichs- und generationenübergreifende Demografiestrategie.

Aktives Alter

Wir brauchen eine neue Kultur des Alterns, die der Vielfalt des Alters gerecht wird. Die steigende Lebenserwartung der Menschen in unserem Land bringt eine längere Phase des aktiven Alters nach der Erwerbsarbeit mit sich. Die Wünsche der Menschen, wie sie nach dem Erwerbsleben ihren dritten Lebensabschnitt gestalten, sind sehr unterschiedlich. Mehr Zeit für sich selbst, ehrenamtliches Engagement, Unterstützung der Kinder und Enkelkinder, Bildung, langsamer Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand – dies alles ist gelebte Realität.

Bei alledem müssen wir die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, etwa in Bezug auf Lebenserwartung oder Altersarmut, aber auch die kulturellen Unterschiede von älteren Menschen im Blick behalten.

Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen

Zum aktiven Alter gehört selbstbestimmtes Altern. Jede und jeder soll für sich selbst bestimmen können, was gut ist. Dazu gehört auch die Möglichkeit, alt zu werden im Quartier – und zwar gut alt zu werden im Quartier. Die meisten Menschen wollen auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten und selbst gewählten Lebensumfeld führen.

Deshalb müssen wir das Selbstbestimmungsrecht älterer Menschen stärken und solange wie möglich erhalten. Dies hat weitreichende Konsequenzen: für den Wohnungs- und Städtebau ebenso wie für den öffentlichen Nahverkehr, für Freizeit- und Kulturangebote ebenso wie für das Ehrenamt, für die soziale Infrastruktur, für die Gesundheits- und Pflegesituation ebenso wie für haushaltsnahe Dienstleistungen.

Wenn wir den demografischen Wandel gestalten wollen, brauchen wir eine vorausschauende sozialräumliche Planung, eine soziale Infrastruktur, die den notwendigen Unterstützungsbedarf verlässlich abdeckt, und ehrenamtliches Engagement.

Die Lebenssituation der älteren Menschen ist vielfältig. Doch häufig beruhen aktuell vorherrschende Altersbilder noch auf der Wahrnehmung früherer Generationen und werden oft mit Krankheit und Verfall in Verbindung gebracht. Was fehlt sind differenzierte und realistische Bilder vom Alter.

Dies gilt in besonderem Maße in der Arbeitswelt. Wir brauchen dringend Konzepte, wie wir die Übergänge aus dem Erwerbsleben und in den Lebensphasen danach gestalten. Hier können die Chancen des längeren Lebens für die Älteren selbst, aber auch für die Gesellschaft genutzt werden.

Gleiches gilt für die ehrenamtliche Tätigkeit. Hier besteht im Quartier auch die Chance, als Ergänzung zu vorhandenen Angeboten ältere Menschen für ein Gemeinwesen-orientiertes Engagement zu gewinnen sowie Plattformen für ehrenamtliches Engagement zu schaffen. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen wir die ehrenamtlichen Potentiale älterer Menschen aktivieren.

Auch Bildung ist ein wichtiger Baustein des aktiven Alters. Die Wechselwirkungen zwischen Bildung, Gesundheit und Teilhabe sind augenscheinlich: Wer sich weiterbildet, bleibt länger gesund. Wer sich fit hält, ist aktiver. Wer aktiver ist, ist wiederum eher neugierig auf Anregungen, auf Bildung.

Die Finanzierung dieser Aufgaben darf nicht an den unterschiedlichen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern scheitern.

Alle profitieren, wenn z.B. in Prävention, Rehabilitationsmaßnahmen, barrierefreien Wohnraum, soziale Infrastruktur, Infrastruktur für die Grundversorgung, Bildung usw.

investiert wird. Deshalb müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sozialräumliche Budgets ermöglicht werden, die von allen Ebenen und den Sozialversicherungsträgern finanziert werden und von denen alle profitieren, insbesondere die Menschen.

Dazu gehören:

- der Ausbau der Gemeinwesenarbeit und vernetzter Strukturen wie z.B. Mehrgenerationenhäuser;
- die Erweiterung und Bündelung lokaler Unterstützungsangebote;
- ein bezahlbarer Zugang zur Teilhabe, etwa für die Inanspruchnahme einer altersgerechten Wohnung, einer Leistung der Daseinsvorsorge oder eines Netzwerkangebotes;
- ehrenamtliches Engagement nur als Ergänzung zur gewährleisteten Daseinsvorsorge;
- ein besseres Ineinandergreifen von Leistungen aus unterschiedlichen Sozialgesetzbüchern;
- bauliche Veränderungen im Wohn- und Städtebau sowie im öffentlichen Nahverkehr, um Barrierefreiheit herzustellen;
- ein umfassendes Konzept, wie die Übergänge vom Berufsleben in den Ruhestand gestaltet werden können;
- eine Reform der Pflegeberufe und eine Aufwertung der sozialen Berufe.

Missbrauch befristeter Arbeitsverträge stoppen!

angenommen

AfA

Die SPD Saar fordert

- ein Verbot sachgrundloser Befristungen bei Arbeitsverträgen.
- die Einschränkung von Kettenverträgen dahingehend, dass Arbeitnehmer_innen keine vertraglich schlechteren Konditionen angeboten werden dürfen. Es müssen mindestens die gleichen Arbeitsbedingungen angeboten werden, wie für reguläre Beschäftigte.
- Insbesondere fordern wir die SPD-Landtagsfraktion auf zu prüfen, ob eine kurzfristige Möglichkeit der Beschränkung von befristeten Arbeitsverhältnissen auf Landesebene möglich ist.
- Langfristig fordern wir den Parteivorstand der SPD Saar, die SPD Landtagsfraktion sowie die saarländischen Bundestagsabgeordneten auf sich für die Umsetzung dieser Forderungen im Bundestag einzusetzen.

Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen

angenommen

Jusos Saar

Die SPD Saar fordert:

- Vereinfachung der Dokumentationspflicht von Pflegekräften
- Angemessener Lohn für Pflegepersonal auch in der Ausbildung
- einen festen und angemessenen Personalschlüssel für alle Einrichtungen
- Beendigung der Kommerzialisierung von „Pflege“

NEIN zu Eingriffen in das Eingliederungssystem der Jobcenter!

angenommen

AfA

Wir fordern die Bundesregierung auf, die strukturelle Unterfinanzierung des SGB II sofort zu beenden und in den jetzt anstehenden Haushaltsverhandlungen auf eine auskömmliche Finanzierung sowohl des Eingliederungs- als auch des Verwaltungstitels zu drängen, um Langzeitarbeitslosen eine neue Perspektive aus der Hilfebedürftigkeit in Arbeit und soziale Teilhabe zu geben!

Wir fordern alle Akteure auf Bundesebene auf, den Passiv-Aktiv-Transfer haushaltsrechtlich zu verankern und so anzulegen, dass sowohl der Bund als auch die Kommunen ihre eingesparten passiven Leistungen für Arbeitslosen- und Sozialgeld sowie für Unterkunft und Heizung mit in die Finanzierung eines öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarktes geben können!

Wir fordern, dass alle zusätzlichen Bundesprogramme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu 100% vom Bund finanziert werden!

Bindung der finanziellen Förderung von Baumaßnahmen des Landes an Barrierefreiheit

angenommen

AG SelbstAktiv

Die finanzielle Förderung von Baumaßnahmen durch die Landesregierung (alle Ressorts) ist strikt an das Kriterium der Barrierefreiheit zu knüpfen.

Um den Wegen zur Nichteinhaltung der gesetzlichen Verpflichtung zum barrierefreien Bauen einen Riegel vorzuschieben, teure Nachbesserungen zu vermeiden, Bauverzögerungen, Rechtsstreitigkeiten und Sanktionen vorzubeugen, ist es geboten, eine Bezuschussung ausdrücklich und mit Hinweis auf die möglichen Folgen der Nichtbefolgung an das Kriterium der Barrierefreiheit zu binden. In diesem Zusammenhang ist es geboten, ein Verfahren verbindlich festzulegen, wie die Befolgung des Gebotes des barrierefreien Bauens sichergestellt werden kann.

Im Übrigen verweisen wir darauf, dass bereits im Koalitionsvertrag von CDU und SPD im Saarland die Bindung finanzieller Zuschüsse der Landesregierung für Bauvorhaben zwingend an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden wird.

SPD Saar fordert die SPD-Landtagsfraktion und den Landesvorstand auf, sich dafür einzusetzen, dass die Vereinbarung im Koalitionsvertrag eingelöst wird, geltendes Recht umgesetzt wird und damit ein wichtiger Teil der Vorgaben aus der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird.

Gegen den Missbrauch von Werkverträgen, für faire Arbeit und Mitbestimmung

angenommen

Initiativantrag

Verhinderung von Missbrauch

- Keine Vorratserlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ), sondern Erlöschen nach 6 Monaten ohne Gebrauch. Unzulässigkeit des Statuswechsels vom Werkvertrag zu Leiharbeiter/in während der Einsatzzeit
- Die Kriterien zur Abgrenzung von Werkverträgen gegenüber der Arbeitnehmereigenschaft erfolgt durch Benennung von Kriterien, die kennzeichnend für Werkvertrag gem. § 631 BGB sind. Weiter ist eine verpflichtende Kenntlichmachung von Leiharbeit vor Beginn des Einsatzes als Wirksamkeitsvoraussetzung zu fordern.
- Umkehr der Beweispflicht, d.h. erbringen Beschäftigte von Drittfirmen auf dem Werksgelände Leistungen, handelt es sich um ANÜ, es sei denn, der Arbeitgeber des beauftragenden Unternehmens belegt, dass ein Werkvertragsverhältnis vorliegt.
- Subunternehmerhaftung der Werkvertragsunternehmen.
- Eine Meldepflicht für Unternehmen ob und wie sie Subunternehmen einsetzen.
- Die Einführung des „Equal-Pay“- und „Equal-Treatment“-Prinzips für alle Beschäftigten von Drittunternehmen.
- Verbesserung der Grundlagen für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Erweiterung der Zuständigkeit des Betriebsrats des Stammbetriebs

- Rechtzeitige und umfassende Informationspflicht des Arbeitgebers (Bringschuld) zur Beschäftigung von Drittfirmenpersonal, d.h. auch in Bezug auf Werkvertragsbeschäftigte (Konkretisierung in § 80 Abs. 2 BetrVG neu).
- Sanktionierung (§ 121 BetrVG neu) bei gar nicht, wahrheitswidriger, unvollständiger oder verspätet erfüllter Information.
- Erweiterung der Mitbestimmung des Betriebsrats im Einsatzbetrieb nach §87,1 i.B. Nr.1,6,7,9,12 BetrVG auf im Werkvertragsverhältnis Beschäftigte. Zuständigkeit der Fachkräfte für Arbeitssicherheit auch für diese Beschäftigte.

Mitbestimmung und Regeln im Vergabeprozess

- Verpflichtung zur Information über Vergabe im Rahmen der Personalplanung §92 Abs.1 (in Ergänzung zum §92a).
- Aufnahme eines §111 Satz 3 Punkt 6: Betriebsänderung ist auch eine Fremdvergabe von wesentlichen im Betrieb erledigten Aufgaben und Tätigkeit. Dabei bezieht sich wesentlich auf Quantität und Relevanz für den geschlossenen Wertschöpfungsprozess im Betrieb.

GABB

angenommen

Initiativantrag

Die SPD Saar fordert die Bundesregierung auf, das Ende 2014 ausgelaufene Beschäftigungsprogramm zur Bürgerarbeit wieder aufzulegen oder mit anderen, gleich geeigneten Instrumenten einen dauerhaften, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor („dritter Arbeitsmarkt“) zu etablieren.

Echte Religionsfreiheit für Schüler_innen

angenommen

Kreisverband Merzig-Wadern und Jusos Saar

Schüler_innen an saarländischen Schulen sollen bereits ab Vollendung des 14. Lebensjahres die uneingeschränkte Religionsmündigkeit erhalten.

Hierzu wird die SPD-Fraktion im saarländischen Landtag aufgefordert, sich für eine entsprechende Änderung des Artikels 29, Absatz 2 der Verfassung des Saarlandes einzusetzen.

Inklusion in allgemeinbildenden Schulen ziel- und erfolgsgerecht umsetzen!

angenommen

Jusos Saar

Die SPD Saar begrüßt, dass der Landtag des Saarlandes das Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich der Bildung am 25. Juni 2014 beschlossen hat.

Zur weiteren Umsetzung der Inklusion in unseren Bildungseinrichtungen fordern wir:

- die Integration von Inklusion in beide Phasen der Lehrerausbildung anhand von Modulen, die an der Universität verpflichtend belegt werden müssen,
- die qualifizierte und verpflichtende Fortbildung von Lehrkräften bezüglich des Umgangs mit Heterogenität,
- die ausreichende Unterstützung der Lehrkräfte durch Förderschullehrkräfte und Schulpsycholog_innen sowie Schoolworker_innen,
- eine qualifizierte Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch Assistenzkräfte,
- die Einbindung des Themas Inklusion in den Unterricht,
- kleinere Klassen,
- eine verstärkte Umsetzung des „Teamteachings“,
- die sachgerechte Umgestaltung des Schulgebäudes sowie der Klassenräume, die den Bedürfnissen aller Kinder und Jugendlichen gerecht wird.

Verbesserung von Schulausstattungen

angenommen

Jusos Saar

Die Funktionsräume von saarländischen Schulen, insbesondere Realschulen, Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Förderschulen, sind im Vergleich zu Gymnasien häufig weniger gut ausgestattet. Oftmals fehlt es in den naturwissenschaftlichen Funktionsräumen der betroffenen Schulen an elementaren Ausstattungselementen wie Versuchsaufbauten, Präparaten oder auch Mediengeräten wie Beamern, Whiteboards oder PCs. Ein Blick in die Bildungspolitik der vergangenen Jahre zeigt, dass Gymnasien höhere Summen zur Nutzung und zum Ausbau von Funktionsräumen von öffentlichen Geldgebern erhalten haben.

Zusammen sind also Schulformen wie Realschulen, Gesamtschulen, Förderschulen, Berufsschulen etc. hinsichtlich ihrer gesamten Ausstattung tendenziell benachteiligt.

Wir fordern:

- Gerechte Aufteilung von Geldern bezüglich der Ausstattung von Funktionsräumen.
- Keine Benachteiligung von erw. Realschulen, Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Förderschule etc. bei der Zuteilung dieser Fördermittel

Schwimmunterricht im Saarland ausbauen

überwiesen Landesvorstand und Landtagsfraktion

Jusos Saar

- Ein qualifiziertes Konzept zum Ausbau des obligatorischen Schwimmunterrichts an saarländischen Grundschulen in enger Kooperation mit lokalen Schwimmvereinen.
- Die Möglichkeit der Inanspruchnahme kostenfreier außerschulischer Schwimmkurse für alle Grundschüler*innen.
- Eine Kontrolle der Durchführung des Konzepts durch jährliche Vergleichserhebungen.
- Eine Reform des saarländischen Erlasses über den Schwimmunterricht unter der Berücksichtigung der eben genannten Punkte.

Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit

angenommen

Jusos Saar

Wir fordern die Integration des Themenkomplexes Tod und Sterblichkeit (unter Einbeziehung von Themen wie Patientenverfügung, Umgang mit erkrankten Verwandten, Intensiv- und Palliativmedizin) in den Religions- bzw. Ethikunterricht der Oberstufe.

Für eine Offensive zum Lesen und Schreiben lernen

angenommen

Landesvorstand der SPD Saar

Die SPD Saar begrüßt die zahlreichen Maßnahmen des Landes und des Bundes zur Alphabetisierung, wie auch die aktuelle Initiative der Bundesregierung zu einer „Nationalen Dekade für Alphabetisierung“. Dem widerspricht allerdings das verfassungsrechtlich normierte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen.

Die SPD Saar unterstützt den Antrag „Zugang und Teilhabe ermöglichen – Die Dekade für Alphabetisierung in Deutschland umsetzen“ der Fraktionen der SPD und CDU/CSU des Deutschen Bundestages vom 09.06.2015 und fordert darüber hinaus insbesondere:

1. Die Fortführung und Absicherung der bisherigen Maßnahmen im Saarland.
2. Eine massive Verstärkung der Früherziehung und Bildung in Ganztagsform.
3. Die Öffnung von Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen des Bundes und der Länder für Alphabetisierung und Grundbildung.
4. Die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen und eine gemeinsame Strategie und Finanzierung zu Alphabetisierung und Grundbildung in Bund und Ländern.

Gesunde Schule Saarland – Einführung eines Schulentwicklungsprogramms

angenommen

Landesverband SPD Saar

Die SPD Saar begrüßt die Initiative des saarländischen Ministeriums für Bildung und Kultur zur Einführung eines Gesundheitsmanagements an saarländischen Schulen. Ziel dieses Schulentwicklungsprogramms ist es, ein gesundes Arbeits- und Lernklima für Schülerinnen und Schüler, pädagogisches Personal, aber auch Eltern zu schaffen. Der Fokus des Programms „Gesunde Schule Saarland“ liegt auf Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrer_innengesundheit, betrachtet dabei aber das Gesamtsystem Schule. Es ist als langfristiger Prozess angelegt, der Schulen und die einzelnen Zielgruppen im System befähigen soll, Maßnahmen zur Gesundheitsförderung zu entwickeln und eine gesunde Lebens-, Lehr- und Lernkultur zu schaffen.

Hohe Identifikation mit dem Berufsbild Lehrkraft

Eine Studie zur psychischen Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern der Universität des Saarlandes belegt: Menschen, die im Bildungsbereich tätig sind, setzen sich stark für Kinder und Jugendliche ein. Sie legen ein hohes emotionales und soziales Engagement an den Tag, das nicht selten mit spezifischen Stress- und Belastungssymptomen einhergeht. Diese Studie belegt auch, dass es unter den Lehrkräften eine sehr hohe Arbeitszufriedenheit gibt. Lehrkräfte empfinden während ihrer Arbeit einen hohen Zeitdruck.

Die Daten der Personalausfallstatistik der saarländischen Landesregierung bestätigen: Bei den Lehrkräften an saarländischen Schulen gibt es im Vergleich zu den Krankheitstagen im öffentlichen Dienst weniger Ausfallzeiten.

Zugangszahlen zu den Hochschulen im Bereich der Lehramtsstudiengänge belegen: der Beruf des Lehrers/ der Lehrerin übt eine hohe Anziehungskraft auf junge Menschen aus. Gleichzeitig verdichten sich die Anforderungen im Lehrer_innenberuf, gesellschaftliche Erwartungen werden auf das System Schule übertragen. Hier ist der Ort, an dem der Grundstein für die Selbstbestimmung junger Menschen gelegt wird.

Die SPD Saar begrüßt daher, dass das Programm „Gesunde Schule Saarland“ mit Blick auf die Gesundheit aller im System Schule tätigen Menschen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt.

Das Programm Gesunde Schule geht nicht ohne Dialog und Mitbestimmung. In einer ausführlichen Dialogreihe mit den Hauptpersonalräten der Schulen, Lehrer_innenverbänden und Einzelinitiativen thematisiert das Ministerium viele

Einzelaspekte des gesunden Arbeitens, Lehrens und Lernens. Der Fokus liegt dabei auf dem Präventionsgedanken. Insbesondere die Mitbestimmung der Frauenbeauftragten als auch der Schwerbehindertenvertretungen der einzelnen Schulformen wird im Dialogprozess besonders unterstrichen.

In Bezug auf die Verbesserung der zu setzenden rechtlichen Rahmenbedingungen für Lehrkräfte gibt es im Saarland einen hohen Nachholbedarf. Die SPD Saar begrüßt daher das besondere Engagement der Landesregierung, im Schuljahr 2015/2016 den Abschluss von Dienstvereinbarungen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement, sowie zum Umgang mit Sucht in Bezug auf Lehrkräfte voranzutreiben. Weder wird die in Paragraph 84 des Sozialgesetzbuches 9 hinterlegte Pflicht für den Arbeitgeber zur Umsetzung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements bisher im Saarland systematisch auf die Lehrkräfte angewendet, noch findet die aus dem Jahr 2008 für die Landesverwaltung gültige Rahmendienstvereinbarung über den Umgang mit suchtgefährdeten und suchtkranken Beschäftigten im Dienst und am Arbeitsplatz bisher Anwendung. Damit schafft das Ministerium ein rechtlich abgesichertes, strukturiertes Verfahren, das zum Ziel hat, Lehrkräfte vor längeren Erkrankungen, Behinderung und Dienstunfähigkeit zu schützen. Gleichzeitig versetzt es die Schulen in die Lage individuelle Wiedereingliederungswege zu gehen und erneuten Ausfallzeiten im Unterricht zu begegnen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ein weiterer Baustein des Programms ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hohe Belastungen im privaten Bereich durch die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Familienangehörigen haben auch Auswirkungen auf das berufliche Wirken von Lehrkräften. Bereits im Frühjahr 2013 hat das Ministerium für Bildung und Kultur daher in einem Rundschreiben auf die besondere Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hingewiesen. Einzelne Aspekte hierbei sind die Abstimmung von Stunden- und Aufsichtsplänen mit den Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen. Die SPD Saar begrüßt es, dass hier insbesondere die Forderung der Frauenbeauftragten Berücksichtigung finden. Gerade die Potsdamer Lehrerstudie belegt, dass sich gesellschaftliche Erwartungen im Hinblick auf Erziehung und Pflege immer noch hauptsächlich an Frauen richten. Das Ergebnis ist, dass der Anteil an Teilzeitarbeit unter den weiblichen Lehrkräften besonders hoch ist. Hier gilt es nach Auffassung der SPD Saar gegenzusteuern.

Eine gute Ausbildung ist der Grundstein für gesundes Arbeiten

Eine gute Ausbildung ist die Basis für gesundes Arbeiten. Die nach wie vor hohe Attraktivität des Lehrer_innenberufs macht es erforderlich, dass junge Menschen

bereits früh in ihrer Ausbildung auf die Herausforderungen des Schulalltags vorbereitet werden.

Das Zentrum für Lehrerbildung der Universität des Saarlandes leistet einen wichtigen Beitrag zu einer guten Ausbildung. Die SPD Saar begrüßt, dass bei der Neugestaltung des Studiums für Lehrkräfte im Primarbereich zum Wintersemester 2015/16 die Herausforderungen zum Umgang mit Heterogenität verpflichtender Bestandteil der Ausbildung wurden. Angehende Lehrkräfte erfahren in ihrer heutigen Ausbildung, dass die Schule und somit jede einzelne Lehrkraft für jeden Schüler und jede Schülerin Verantwortung trägt.

Mit dem Programm „Zukunftsorientierte Referendarausbildung“ lenkte das Ministerium für Bildung und Kultur bereits zu Beginn der laufenden Legislaturperiode den Blick auf die Ausbildungsbedingungen in den saarländischen Studienseminaren. Seither stehen die Verantwortlichen für die Referendar_innenausbildung in einem engen Dialog. Ziel ist es hier, die Rahmenbedingungen für die Lehrer_innenausbildung – unabhängig von der Schulform – dauerhaft auf einen gleichhohen qualitativen Standard zu bringen. Gleichzeitig soll im Rahmen der Ausbildung für angehende Lehrkräfte ein Raum geschaffen werden, sich pädagogisch auszuprobieren und neue didaktische Methoden gemeinsam mit ihren Fachleiterinnen und Fachleitern auszuprobieren.

Aufbau eines Kompetenzzentrums Gesunde Schule

Das Landesinstitut für Pädagogik und Medien ist der Ankerpunkt für ein reflektiertes und professionelles Handeln der pädagogischen Kräfte an unseren Schulen. Die SPD Saar begrüßt daher, dass das Ministerium für Bildung und Kultur die Angebote für Berufseinsteiger_innen verstärkt und auch besonderen Zielgruppen, wie Schulleiterinnen und Schulleitern, Fortbildungsangebote zur Stärkung der pädagogischen Verantwortung im System Schule machen wird.

Das Programm „Gesunde Schule Saarland“ lebt davon, dass Schulen bei der Entwicklung von Maßnahmen vor Ort vom Landesinstitut für Pädagogik und Medien begleitet werden. Es gibt nicht **das** Rezept für eine gesunde Schule. Vielmehr müssen die Standortbedingungen der Schule in den Fokus genommen werden und in einer gemeinsamen Anstrengung vor Ort sowie mit dem Lehrerfortbildungsinstitut und dem Ministerium geeignete Maßnahmen getroffen werden.

Flankiert werden diese Maßnahmen durch den Aufbau eines Kompetenzzentrums Gesunde Schule am Landesinstitut für Pädagogik und Medien in Dudweiler. Hier finden Lehrerinnen und Lehrer, sowie alle in der Schulmitbestimmung engagierten Schüler_innen und Eltern Informationen sowie Beratungsangebote rund um das Thema. Lehrkräfte finden hier Angebote zum Coaching und zur Supervision. Teams

an Schulen können Unterstützung finden bei der Entwicklung eigener schulspezifischer Maßnahmen.

Gesunde Schülerinnen und Schüler lernen besser.

Sport und Bewegung

Gesunde Lehr- und Lernbedingungen wirken sich auch nachhaltig auf die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern aus. Die SPD Saar begrüßt daher den ganzheitlichen Ansatz des Programms „Gesunde Schule Saarland“ in Bezug auf die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler:

Das Programm lenkt den Blick auf bestehende präventive Angebote von unterschiedlichen Maßnahmenträgern an Schulen. Gerade in diesem Bereich ist der Kontakt zu außerschulischen Akteuren besonders hoch. Das Ministerium für Bildung und Kultur hat bereits im September 2013 eine Rahmenvereinbarung mit dem Landessportverband getroffen, um die Themen Bewegung, Spiel und Sport im Ganztage zu intensivieren. Die Angebote der Sportvereine unter dem Dach des LSVS erfreuen sich vor Ort großer Beliebtheit.

Zur Stärkung der Themen Reanimation und Erste Hilfe steht das Ministerium im engen Dialog mit den saarländischen Hilfsorganisationen. Hier geht es zum einen um die Vermittlung von anwendbarem Wissen, aber auch darum zu zeigen, dass auch diese Organisationen im Ehrenamt einen großen Beitrag zur sozialen Integration in unserer Gesellschaft leisten. So lernen Schülerinnen und Schüler auf zweifache Weise. Mit dem Programm „Tai Chi in Schulen“ verfolgt das Bildungsministerium seit dem Schuljahr 2007/08 den Ansatz, Entspannungsübungen auf einfache Weise im Schulalltag zu integrieren. Rund 30 Schulen haben sich diesem Programm bereits angeschlossen und setzen in AG-Stunden, im Sportunterricht oder auch in der Oberstufe einzelne Elemente um.

Wichtig ist, dass bei allen Bewegungsprogrammen Lehrkräfte und Schüler_innen gleichermaßen profitieren.

Ernährung

Die SPD Saar begrüßt, dass das Saarland auf dem Gebiet der Schulverpflegung bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt. Rund 33.000 Kinder und Jugendliche in Kindertageseinrichtungen und Schulen erhalten laut Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung in diesem Schuljahr Schulobst.

In einer gemeinsamen Anstrengung tragen die sozialdemokratisch regierten Ministerien für Bildung und Kultur sowie für Umwelt und Verbraucherschutz u.a. mit den Schulträgern, Weiterbildungseinrichtungen und der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung im Saarland dazu bei, dass das Thema „Gesunde Ernährung“ einen besonderen Platz auf der Agenda der Landesregierung einnimmt.

So ist die Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung im Rahmen der Mittagsverpflegung an Ganztagschulen seit dem Schuljahr 2013/14 verpflichtend.

Berufs- und Studienorientierungskonzept für allgemeinbildende Schulen angenommen

AfB Saar

Alle allgemeinbildenden Schulen sollen einen verbindlichen Auftrag erhalten, ein Berufs- und Studienorientierungskonzept zu entwickeln, mit dem die Schülerinnen und Schüler bei ihrer Berufsorientierung und beim Übergang ins Studium unterstützt werden.

Dabei verpflichten sich die Schulen, den Schülerinnen und Schülern eine systematische Auseinandersetzung mit ihren Fähigkeiten, Stärken und Interessen zu ermöglichen. Unterstützt werden die Schulen dabei u. a. durch Kammern, Wirtschaft, Betriebe, Gewerkschaften, die Bundesagentur für Arbeit und den Berufsbildenden Schulen.

Das zentrale Ziel ist die Steigerung der Ausbildungsfähigkeit und Studienorientierung sowie Berufswahlkompetenz der Schülerinnen und Schüler.

Zur Qualitätssicherung verpflichten sich die Schulen die Maßnahmen ihres Berufs- und Studienorientierungskonzeptes zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Dabei kann auch über ein landesweites Qualitätssiegel nachgedacht werden.

Ganztagsklassen für berufliche Vollzeitschulen ermöglichen

angenommen

AfB Saar

An den beruflichen Vollzeitschulen soll die Möglichkeit geschaffen werden, Ganztagesklassen einzurichten.

Durch die Herstellung der Ausbildungsreife bis zu Berufsabschlüssen können soziale Benachteiligungen vermieden und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe im Saarland

angenommen

AfB Saar

Die gymnasiale Oberstufe im Saarland (GOS) soll weiterentwickelt werden, um die jetzigen Einschränkungen (z. B. in der Fächerbelegung, in den Anforderungen einzelner Fächer, in den Abiturprüfungen) für die Schülerinnen und Schüler aufzuheben. Im Rahmen der Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz soll eine fachbezogene Schwerpunktbildung (z. B. im Fremdsprachen, Naturwissenschaften- und Informatikbereich) ermöglicht werden. Damit wird das Recht auf Bildung gestärkt. Wünsche und Forderungen von Schulen, Schüler_innen- und Elternvertretungen, Hochschulen und Wirtschaft sind bei der Neugestaltung zu berücksichtigen.

Digitale Bildung als verbindliche Querschnittsaufgabe an saarländischen Schulen

angenommen

AfB Saar

In den saarländischen Schulen soll das Lernen mit und über Medien verbindliche Querschnittsaufgabe werden. Im Rahmen der Empfehlung der Kultusministerkonferenz „Medienbildung in der Schule“ ist ein Umsetzungs-, Evaluations- und Finanzierungsplan zu entwickeln, damit Medienbildung bzw. digitale Bildung als Beitrag zur Qualitätsentwicklung an saarländischen Schulen und als Aufgabe von Schule und Unterricht dauerhaft implementiert werden kann. Wünsche und Forderungen von Schulen, Schüler- und Elternvertretungen, Hochschulen und Wirtschaft sind bei der Umsetzung zu berücksichtigen.

Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA

angenommen

Kreisverband Saarbrücken-Stadt, Kreisverband Saarbrücken-Land, Kreisverband Neunkirchen, Ortsverein Oppen und Ortsverein Wustweiler, Jusos Saar, ASG, AfA

Die SPD Saar nimmt die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit dem geplanten Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sehr ernst. Ein Beleg hierfür ist nicht zuletzt die Resonanz der selbstorganisierten europäischen Bürgerinitiative „STOP TTIP“, die bislang bereits über 2,75 Mio. Unterschriften gesammelt und das erforderliche Länderquorum bereits in 19 Staaten erreicht hat.

Aus diesem Grund sollen in den künftigen Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen folgende Punkte aus sozialdemokratischer Sicht besondere Berücksichtigung finden:

1. Transparenz

Ein Abkommen, das den Bürgerinnen und Bürgern nutzen soll, darf nicht verhandelt werden, als müssten die Ergebnisse vor der Öffentlichkeit verborgen werden. Daher ist bei den Verhandlungen zunächst ein Höchstmaß an Transparenz herzustellen. Hier wurden bereits erste Maßnahmen umgesetzt, die weiter voranzutreiben sind, insbesondere durch die gesetzliche Verankerung entsprechender Beteiligungsmechanismen. Der derzeitige Verhandlungsstand und die bisherigen Textentwürfe zu TTIP müssen offengelegt werden. Um eine breite gesellschaftliche Debatte zu ermöglichen, müssen demokratisch gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter – aber auch beispielsweise Sozialpartner_innen, Umwelt-Verbraucherschutz- und kommunale Spitzenverbände – Zugang zu den Dokumenten erhalten. Das Europäische Parlament ist frühzeitig in die weiteren Verhandlungen einzubinden. Nur so erhalten sie die Möglichkeit, die Vertragsinhalte kritisch zu prüfen und gegebenenfalls fortzuentwickeln. Eine möglichst breite Diskussion in allen Gruppen der Zivilgesellschaft muss ermöglicht werden. Die Verhandlungen müssen ohne Zeitdruck durchgeführt werden.

2. Regulatorische Kooperation

Es muss ausgeschlossen werden, dass das demokratische Recht, Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen zu schaffen, gefährdet, ausgehebelt oder umgangen wird oder dass ein Marktzugang, der solchen Regeln widerspricht, einklagbar wird.

Die Fähigkeit von Parlamenten und Regierungen, Gesetze und Regeln zum Schutz und im Sinne der Bürgerinnen und Bürgern zu erlassen, darf auch nicht durch die Schaffung eines Regulierungsrates im Kontext regulatorischer Kooperation oder durch weitgehende Investitionsschutzvorschriften erschwert werden. Ein solches Regulierungsgremium darf den Gesetzgebungsprozess nicht beeinflussen. Alle Regulierungsfragen müssen der demokratischen Kontrolle unterliegen.

3. Investitionsschutzvorschriften

Die SPD Saar begrüßt die geplanten Änderungen am Investitionsschutzkapitel, welche die Kommission am 16.09.2015 vorgestellt hat, wonach eine Berufungsinstanz geschaffen wird und öffentlich bestellte Richterinnen und Richter über Streitfälle entscheiden, Unabhängig davon spricht sich die SPD Saar abkommensübergreifend für die Schaffung eines internationalen Rechtsprechungssystems für internationale Handelsangelegenheiten in Kooperation mit den Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation WTO aus. Dieses Rechtsprechungssystem sollte analog zum Internationalen Gerichtshof (IGH), zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und zum Internationalen Seegerichtshof (ISGH) ausgestaltet sein. Dies schließt hauptberufliche Richter und ein geordnetes Berufungsverfahren ein. Der Rechtsweg über dieses System würde für die beteiligten Staaten und alle Handelsakteure aus den beteiligten Staaten offenstehen, sofern der nationale Rechtsweg keine ausreichende Abhilfe bietet, analog zum Komplementaritätsgrundsatz des IStGH. Die Aufgabe des neuen Gerichtssystems wäre die Auslegung von Handelsabkommen zwischen den betreffenden Staaten oder den Staaten, in denen die Streitparteien ansässig sind, sowie deren verbindliche Durchsetzung. Die Möglichkeit von Doppelklagen muss dabei ausgeschlossen sein.

4. Abbau von Zöllen, Angleichung technischer Standards und Zulassungsverfahren

Die SPD Saar befürwortet den geplanten Abbau der Zölle. Auch der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse kann grundsätzlich im gegenseitigen Interesse sein, muss sich aber auf unterschiedliche technische Standards und Vorschriften sowie gegebenenfalls auf die Abschaffung doppelter Zulassungsverfahren, die tatsächlich vergleichbar sind, beschränken (z.B. die Größe von Rückspiegeln). Eine gegenseitige Anerkennung von Standards und Zulassungsverfahren darf es nur geben, wenn damit keine Absenkung der Schutzniveaus verbunden ist. Die parlamentarische Hoheit über die Definition von Standards und Zulassungsverfahren muss sichergestellt bleiben.

5. Bestehenden Schutzniveau und bestehende Handlungsspielräume

Bestehende soziale, ökologische, gesundheitliche, kulturelle oder politische Standards sind im Übrigen nicht als nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu interpretieren und stehen nicht zur Disposition.

Das Freihandelsabkommen darf nicht dazu führen, dass das Schutzniveau europäischer Standards beim Umwelt-, Daten-, Gesundheits- oder Verbraucherschutz sowie im Bereich der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards in Frage gestellt wird. Dort wo es internationale Standards – insbesondere ILO-Standards – gibt, dürfen diese nicht unterschritten werden. Es muss sichergestellt werden, dass die bestehenden hohen Standards noch weiter verbessert werden und Maßstäbe für faire, globale Handelsregeln setzen. Freihandelsabkommen dürfen die Entwicklung regionaler Märkte insbesondere in Entwicklungsländern nicht negativ beeinflussen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge und andere öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht beeinträchtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Ausgestaltung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Die öffentliche Medien- und Kulturförderung ist vollständig zu erhalten. Auch die Daseinsvorsorge durch die Freie Wohlfahrtspflege muss unangetastet bleiben. Die Entscheidungsfähigkeit regionaler Körperschaften über die Organisation der Daseinsvorsorge muss bestehen bleiben. Es darf keinen direkten oder indirekten Zwang zur Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen geben. Eine Rekommunalisierung einst privatisierter öffentlicher Dienstleistungen darf nicht durch Standstill- oder Ratchet-Klauseln im Freihandelsabkommen unmöglich gemacht werden.

Der Handlungsspielraum von Kommunen darf nicht durch entsprechende Regelungen für den Marktzugang beschnitten werden. Ebenfalls dürfen im Bereich der öffentlichen Vergabe im Vergleich zu den bisher im nationalen und europäischen Vergabe- und Konzessionsrecht vorgesehenen Regelungen keine weiteren Einschränkungen erfolgen. Dies schließt die Anwendung sozialer und ökologischer Vergabekriterien oder eine mögliche Verpflichtung zur Tariftreue explizit ein.

6. Positivlistenansatz

Der an verschiedenen Stellen beabsichtigte Negativlistenansatz wird nicht als zielführend angesehen. Aufgrund der oben beschriebenen inhaltlichen Forderungen sieht die SPD Saar die Festlegung der Verhandlungsgegenstände im Rahmen des Positivlistenansatzes als sinnvoller an. Die Positivliste sollte lediglich die nachfolgenden Punkte umfassen:

- a) Zölle sollten abgebaut werden (siehe auch Ziffer 4).
- b) Industrienormen, darunter unterschiedliche technische Standards und Vorschriften sowie gegebenenfalls doppelte Zulassungsverfahren sollten gegenseitig anerkannt oder – sofern möglich – angeglichen werden. Zudem sollte eine von den beteiligten Staaten gemeinsam getragene Institution zur Normung geschaffen werden. Diese Institution sollte künftige Industrienormen frühzeitig auf Angleichungsmöglichkeiten zwischen amerikanischen und europäischen Normen untersuchen. Nach Möglichkeit sollten neue gemeinsame Normen mit dem Ziel einer ISO-Normung entwickelt werden.
- c) Die beteiligten Staaten sollten sich zur Schaffung eines wie unter Ziffer 3 beschriebenen internationalen Rechtsprechungssystems verpflichten. Sofern dieses Rechtsprechungssystem – z.B. bei zukünftigen Abkommen wie CETA – bereits besteht, sollten sich die beteiligten Staaten zum Beitritt zu diesem internationalen Rechtsprechungssystem verpflichten.

Alle übrigen Bereiche, die nicht von der vorgenannten Positivliste umfasst werden, sollen von den weiteren Verhandlungen explizit ausgeklammert werden.

7. Klassifizierung und Weiterentwicklung des Abkommens

TTIP ist als gemischtes Abkommen mit Zustimmungserfordernis des Bundesrates anzusehen. Daher steht TTIP nicht nur unter dem Zustimmungsvorbehalt des Europäischen Parlamentes und des Rates, sondern es ist auch die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente der 28 Mitgliedstaaten notwendig. Neue Vertragsbestandteile dürfen nicht durch eine laufende Abstimmung mit Unternehmen Gültigkeit erlangen, sondern bedürfen der erneuten Zustimmung und Ratifizierung. Es muss durch Einfügen einer eigenen Klausel die Möglichkeit bestehen, das Freihandelsabkommen nach Abschluss zu korrigieren oder (in Teilen) zu kündigen.

8. Stärkung der (innerparteilichen) Demokratie

Eine intensive Diskussion über die TTIP-Verhandlungen ist in der Öffentlichkeit genauso wie auch innerhalb der SPD von zentraler Bedeutung. Zur Vorbereitung politischer Entscheidungen muss die Möglichkeit zur Diskussion, Meinungsbildung und Mitsprache bestehen. Nach einem etwaigen Abschluss der TTIP-Verhandlungen und rechtzeitig vor einer Beschlussfassung des Deutschen Bundestages müssen sich die Beschlussgremien der SPD auf der Basis der dann aktuellen Verhandlungsergebnisse mit dem Thema erneut befassen. Die SPD wird darüber

hinaus die Öffentlichkeit über ihre Entscheidung und ihren kritischen Widerstand gegen TTIP regelmäßig und umfassend informieren.

Darüber hinaus dürfen die inhaltlichen Forderungen der SPD auf allen Ebenen nicht hinter dem Beschluss des Parteikonvents vom 20. September 2014 („Rote Linien“) zurückfallen.

9. Weiterführende Diskussion

Die Diskussion um TTIP zeigt, dass dringend eine grundsätzliche Diskussion zu führen ist über das Verhältnis von Politik, die nach demokratischen Prinzipien gestaltet ist, zu einem Wirtschaftssystem, das demokratische Prinzipien nicht kennt und diese nur als Handelshemmnisse wahrnimmt.

Wir wollen keine marktkonforme Demokratie, sondern einen demokratischen Markt. Für uns gilt das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie.

Die vorgenannten inhaltlichen Forderungen sollen bei weiteren Freihandelsabkommen – zum Beispiel dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (CETA) oder dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) Berücksichtigung finden.

Sperrklausel

angenommen

Kreisverband Saarbrücken-Stadt

Die SPD Saar fordert die Wiedereinführung der Sperrklausel im Europawahlgesetz für die Wahl der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus wird die Umsetzung der vorgesehenen Schaffung eines einheitlichen Wahlrechts für die Wahlen zum Europäischen Parlament in allen EU-Mitgliedsstaaten gefordert.

Gebühren für Daten-Roaming abschaffen – Digitalen Binnenmarkt für unsere Großregion schaffen

angenommen

Kreisverband Saarbrücken-Land

Die Daten-Roaminggebühren stellen eine entscheidende Hürde für die Freizügigkeit und den freien Dienstleistungsverkehr des europäischen Binnenmarktes dar.

Deshalb fordert die SPD Saar:

- die Landesregierung dazu auf, sich über eine Bundesratsinitiative für die Abschaffung der Daten-Roaminggebühren stark zu machen.
- die Abgeordneten des Saarländischen Landtages dazu auf, im Interregionalen Parlamentarier-Rat eine gemeinsame Initiative für die Abschaffung der Daten-Roaminggebühren ins Leben zu rufen.
- den Bundeswirtschaftsminister dazu auf, entsprechende Anstrengungen im Ministerrat der EU zu unternehmen.
- die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes dazu auf, sich im Europäischen Parlament für die Abschaffung der Daten-Roaminggebühren einzusetzen.

Für eine gerechtere Erbschaftssteuer

angenommen

Kreisverband Merzig-Wadern

Die Erbschaftsteuer muss gerechter werden und damit endlich einen echten Beitrag zur Herstellung sozialer Chancengleichheit darstellen.

Am 17.12.2014 hat das Bundesverfassungsgericht nach 1995 und 2006 zum dritten Mal in Folge dem Erbschaftsteuergesetz die Verfassungsmäßigkeit abgesprochen und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis spätestens 30.06.2016 eine Neuregelung zu treffen, die den Vorgaben des Grundgesetzes genügt.

Die SPD Saar fordert die Bundesregierung daher auf, die Chance zu einer grundlegenden Korrektur der Erbschaftsteuer zu nutzen und dabei einseitiger Interessenpolitik eine deutliche Absage zu erteilen.

Die Erbschaftsteuer dient in ihrer Wirkung der Herstellung sozialer Chancengleichheit. Sie verfolgt nicht nur das Ziel der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist auch ein Instrument des Sozialstaats um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst. Dass hier auch im Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit eine Herausforderung liegt, zeigt die Entwicklung der tatsächlichen Vermögensverteilung. Die Konzentration des Vermögens vor allem des obersten Zehntels der Bevölkerung hat im vergangenen Jahrzehnt stark zugenommen. Ursache für diese wachsende Ungleichheit ist der Umstand, dass die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgelten überdurchschnittlich gestiegen sind. Zu weitreichende Vergünstigungen der Erbschaftsteuer beim Übergang von Unternehmensvermögen sind daher nicht zu rechtfertigen.

Auch kann das bisherige System aufgrund teilweise sehr hoher Steuertarife bei weniger begünstigten Gruppen von Erben, die nicht von besonders hohen persönlichen Freibeträgen profitieren – etwa im Falle der Vererbung unter Geschwistern oder an Neffen und Nichten –, vielfach zu ungerechten Ergebnissen führen.

Die Erbschaftsteuer muss gerechter werden und dabei (endlich) einen echten Beitrag zur Herstellung sozialer Chancengleichheit darstellen ohne Arbeitsplätze bei mittelständischen Unternehmen zu gefährden. Außerdem soll sie im Sinne des Koalitionsvertrags der Bundesregierung einfacher werden.

Die SPD Saar fordert daher

- die Aufgabe komplizierter und „beratungsgeprägter“ Regelungen,
- eine breitere Erfassung der Erwerbe,
- eine Sicherung der Arbeitsplätze durch Entlastung der Firmenerben bei Entrichtung der Erbschaftsteuer sowie
- eine deutliche Senkung der Steuersätze.

Im Einzelnen sollen diese Ziele durch folgende Schritte erreicht werden:

- Vollständige Freistellung von Erwerben der Ehegatten und eingetragenen Lebenspartner.
- Beibehalten der persönlichen Freibeträge nach § 16 i.V.m. § 15 ErbStG nach dem sog. Familienprinzip (z.B. für jedes Kind/Stiefkind: 400.000 €, Enkel 200.000 €, Geschwister, Nichten und Neffen 20.000 €).
- Abschaffung aller weiteren (sachlichen) Steuerbefreiungen mit Ausnahme der Befreiungen nach § 13 ErbStG.
- Einführung nur noch einer Steuerklasse mit insgesamt nur drei Steuersätzen von 5, 10 und 15 Prozent, abhängig von der Höhe des Erwerbs (bei einem Erwerb bis zu 100.000 EUR ein Tarif von 5 Prozent, bei einem Erwerb bis zu 1 Mio. EUR ein Tarif von 10 Prozent und bei einem Erwerb über 1 Mio. EUR ein Tarif von 15 Prozent, wobei ungerechte Ergebnisse beim Stufenübergang wie bisher durch einen Härteausgleich vermieden werden).
- Möglichkeit der Stundung der Erbschaftsteuer bis zu zehn Jahre bei Betriebsvermögen, Beteiligungen an Kapitalgesellschaften oder land- und forstwirtschaftlichem Vermögen bei Zahlung von zehn gleichen Jahresraten. Weist der Erwerber nach, dass die jährliche Eigenkapitalrendite nicht ausreicht, um die Erbschaftsteuer in einem Betrag zu zahlen, erfolgt die Stundung zinslos.
- Möglichkeit der Stundung der Erbschaftsteuer beim Erwerb eines Ein- oder Zweifamilienhauses oder Wohneigentums, das der Erwerber nach dem Erwerb zu eigenen Wohnzwecken nutzt, wenn er nachweist, dass er die Steuer nur durch Veräußerung dieses Vermögens aufbringen kann. Die Stundung wird längstens für die Dauer der Selbstnutzung gewährt.

Familienarbeitszeit:

Mehr Zeit für Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf

angenommen

Landesvorstand der SPD Saar

Unsere Arbeitswelt orientiert sich mit ihrer Dauerpräsenzkultur immer noch an dem Ein-Ernährermodell der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neben ihrer Erwerbstätigkeit familiäre Pflichten übernehmen müssen oder wollen, sind sie häufig mit der Frage konfrontiert entweder Beruf oder Familie. Dies entspricht weder den Wünschen der allermeisten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen noch ist es ökonomisch und betriebswirtschaftlich sinnvoll, gut ausgebildete und hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer Auszeit aus dem Beruf mangels Möglichkeiten zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu zwingen.

Die Arbeitswelt und insbesondere die Arbeitszeiten müssen sich an den Wünschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientieren und gleichzeitig mithelfen, die alten Rollenmuster zu überwinden. Neben der Lohnlücke und der Rentenlücke zwischen Männern und Frauen besteht auch eine erhebliche Arbeitszeitlücke, die zur Fortschreibung der alten Rollenmuster, zu Benachteiligungen bei Bezahlung, Altersvorsorge und Karrierechancen von Frauen führt. Die Frauenerwerbsquote ist in den vergangenen Jahren zwar kontinuierlich gestiegen, allerdings ist das Arbeitszeitvolumen relativ konstant geblieben. Die Folge ist, dass mittlerweile mehr als 50 Prozent aller erwerbstätigen Frauen einer Teilzeitbeschäftigung mit all ihren Nachteilen bei Bezahlung, Rentenansprüchen und Aufstiegsmöglichkeiten nachgehen. Bei den Männern sind es nur knapp 18 Prozent.

Aus aktuellen Untersuchungen wissen wir, dass die meisten Frauen ihre Arbeitszeit gerne erhöhen würden und viele Männer ihre Arbeitszeiten gerne reduzieren würden. Für 60 Prozent der Paare mit kleinen Kindern ist Partnerschaftlichkeit bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie das ideale Lebensmodell. Aber nur 14 Prozent können dieses Modell auch leben.

Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die pflegebedürftige Angehörige unterstützen wollen, gelingt es häufig nicht, dies mit ihrer Berufstätigkeit zu vereinbaren.

Deshalb brauchen wir neben einer besseren Infrastruktur für die Kinderbetreuung und die Unterstützung pflegender Angehöriger auch eine neue Arbeitszeitpolitik mit konkreten Rechtsansprüchen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einerseits

und besserer Planbarkeit zum Erhalt der Fachkräfte in den Betrieben für die Arbeitgeberseite.

Deshalb muss das Konzept der Familienarbeitszeit möglichst rasch umgesetzt werden. Davon profitieren alle – Frauen und Männer, die Familien und auch die Wirtschaft.

Erste Schritte dazu haben wir mit dem ElterngeldPlus und dem Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf bereits gemacht.

Die Familienarbeitszeit soll Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf ermöglichen, wenn beide Elternteile kleiner Kinder gleichzeitig ihre Arbeitszeit auf bis zu 30 Stunden in der Woche reduzieren wollen. Der wegfallende Lohnanteil soll durch eine Lohnersatzleistung analog zum Elterngeld ersetzt werden.

Die bestehenden Rechtsansprüche zur Arbeitszeitreduzierung für pflegende Angehörige müssen auf möglichst alle Beschäftigte erweitert werden und ebenfalls durch eine Lohnersatzleistung (1000-Stunden Budget) ergänzt werden.

Darüber hinaus muss der im Koalitionsvertrag vereinbarte Rechtsanspruch auf Rückkehr zur alten Arbeitszeit im Teilzeit- und Befristungsgesetz zügig umgesetzt werden sowie die bereits bestehenden Diskriminierungsverbote im Teilzeit- und Befristungsgesetz wirksam durchgesetzt werden.

Arbeit und Leben in Einklang bringen: Zeitpolitik als vernetzte Strategie für eine gute Work-Life-Balance

angenommen

Landesvorstand der SPD Saar

Wenn es darum geht, die negativen Auswirkungen der modernen Arbeitswelt auf konkrete Lebenssituationen zu beschreiben, wird häufig die Metapher des Hamsterrades bemüht. Das Hamsterrad verbildlicht sehr gut unser Anrennen: Wir arbeiten oft mehr als acht Stunden täglich – und damit ist nur die Erwerbsarbeit gemeint. Wir nehmen Arbeit mit nach Hause. Wir beantworten E-Mails, obwohl wir im Urlaub sind. Wir „müssen“ spontan Schichten übernehmen oder um 22 Uhr eine Telefonkonferenz machen, weil es in der Konzernzentrale am anderen Ende der Welt eben erst 14 Uhr ist. Globalisierung und Digitalisierung haben das Hamsterrad beschleunigt.

Zugleich laufen immer mehr mit im Hamsterrad, nämlich gut ausgebildete Frauen, die eben nicht das klassische Familienmodell leben wollen, in dem der Mann der alleinige Ernährer ist, sondern gleichberechtigt eine berufliche Karriere anstreben. Das hat zur Folge, dass sich das Hamsterrad verändert. Es drängt eine ganze Generation an gut ausgebildeten jungen Menschen in den Arbeitsmarkt, die einer sinnvollen Arbeit nachgehen, aber zugleich nicht nur leben wollen, um zu arbeiten. Sie wollen eine Balance finden – eine Work-Life-Balance. Sie wollen gute Arbeit im guten Leben.

Es gibt viele unterschiedliche Vereinbarkeitsproblematiken. Politik muss gemeinsam mit Unternehmen und Beschäftigten Rahmenbedingungen verändern oder neu setzen. Wir müssen es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – insbesondere denen mit Kindern oder zu pflegenden Angehörigen – ermöglichen, ihre Zeit so einteilen und nutzen zu können, dass sie gute Arbeit leisten, mit Freude arbeiten können, aber das auch in einem guten Leben.

Wir müssen den Menschen Zeitautonomie zurückgeben und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Menschen Zeit gewinnen - Zeit zum Leben, Zeit zum Arbeiten. Und das möglichst flexibel und selbstbestimmt, denn die gefühlte Unvereinbarkeit von Beruf und Familie stellt sich bei jedem Menschen an einem anderen Punkt ein.

Immer mehr arbeitende Väter wollen mehr Zeit mit der Familie verbringen. Viele Frauen dagegen, die bisher in Teilzeit arbeiten, würden gerne mehr arbeiten. Bei

immer mehr Eltern gibt es den Wunsch, die unbezahlte Familienarbeit gerecht aufzuteilen. Die Realität sieht aber anders aus. Die Kluft zwischen realer und idealer Aufgabenteilung ist erheblich.

Zeitpolitik ist daher der beste Ansatzpunkt und Rahmen einer vernetzten Strategie, um den Menschen eine gute Work-Life-Balance zu ermöglichen.

Wir fordern deshalb

- den Ausbau der Kitas weiter voranzutreiben, um insbesondere längere und flexiblere Öffnungszeiten von Kitas zu ermöglichen. Dies gibt berufstätigen Eltern mehr Zeitautonomie.
- eine stärkere Ermutigung und Unterstützung von Unternehmen, Unternehmenskitas aufzubauen, um die Arbeitgeberattraktivität zu steigern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern mehr Flexibilität zu ermöglichen.
- den weiteren Ausbau von Ganztagschulen zu forcieren. Eine verlässliche und qualitativ gute Infrastruktur ist essentiell für die Organisation des Alltags von Familien.
- eine Ausweitung der Vätermonate. Viele berufstätige Väter wollen mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen.
- die Entwicklung einer Anreizstruktur, sodass die Elternzeit möglichst gleich unter den Eltern aufgeteilt wird.
- mehr Arbeitszeit- und Arbeitsortsautonomie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- die Ermöglichung und Förderung von „Kleinen Vollzeitstellen“ sowie Job-Sharing auf Führungsebene

Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare

angenommen

Landesvorstand der SPD Saar

„Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“. Und die Idee der Öffnung der Ehe ist schon lange in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Heute spricht zum Glück nichts mehr gegen die Ehe von Homosexuellen. Vom Wesen her sind Lebenspartnerschaften und Ehen schon gleich. Nur rechtlich wird eine künstliche Unterscheidung konstruiert, die aus der Zeit gefallen ist.

Der Begriff der Ehe ist im Grundgesetz nicht definiert, wohl aber kann man davon ausgehen, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes die Ehe zwischen Frau und Mann vor Augen hatten als sie der Ehe besonderen Schutz zuteilten. Das Bundesverfassungsgericht definierte 1993 den verfassungsrechtlichen Begriff der Ehe noch als eine Lebensgemeinschaft aus beiden Geschlechtern und verneinte damit die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Gleichzeitig aber betonte es, dass die Begriffe der Verfassung offen sind für gesellschaftlichen Wandel.

Nicht alle Parteien sind heute jedoch bereit, diesen gesellschaftlichen Wandel anzuerkennen. Während einige künstlich versuchen, eine letzte konservative Bastion aufrecht zu erhalten, ist die Mehrheit der Bevölkerung schon längst weiter. Die Überzeugung, die Ehe sei ausschließlich der Bund zwischen Frau und Mann, entspringt einer vergangenen Zeit. Unsere Gesellschaft hat sich weiterentwickelt.

Es ist heute nicht mehr das rechtlich Mögliche, sondern es sind nur die Vertreterinnen und Vertreter eines antiquierten Konservatismus, die die echte Gleichberechtigung von Menschen durch ihre Starrheit aufhalten. Aus dem besonderen Schutz der Ehe ist eben nicht abzuleiten, dass diese gleichgeschlechtlichen Paaren nicht offen stehen sollte. Wer die gleichen Pflichten übernimmt, muss auch die gleichen Rechte erhalten.

Viele der auch öffentlich benannten angeblichen Folgen einer Öffnung der Ehe sind nicht nachvollziehbar, sie sind irrational und vor allem homophob. Solche Äußerungen dienen einzig und allein dem Zweck, Ängste zu schüren, Vorurteile zu unterstützen, Nichtwissen auszunutzen.

Die SPD Saar steht für echte und vollständige Gleichberechtigung unabhängig von Sexualität. Wir wollen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Wir wollen Menschen nicht gegeneinander ausspielen. Wir wollen, dass Menschen frei, gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können.

Wir setzen uns daher für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und ihre vollständige rechtliche Gleichstellung mit heterosexuellen Paaren ein und werden sämtliche Initiativen zur Gleichstellung unterstützen.

„100% Gleichstellung nur mit uns!“

angenommen

Schwusos Saar

Über 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland sind nach einer Umfrage für die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare.

Die SPD Saar hat auf ihrem Landesparteitag 2013 einstimmig auf Antrag der Schwusos Saar beschlossen, sich für die Öffnung der Ehe einzusetzen.

Mit dem Versprechen „100% Gleichstellung nur mit uns!“ ist die SPD in die Bundestagswahl 2013 gezogen.

Sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Saarländischen Landtag findet sich eine deutliche Mehrheit für die Ehe für alle.

Deshalb fordert die SPD Saar, dass Abstimmungen über die Öffnung der Ehe für alle im deutschen Bundestag und im saarländischen Landtag vom Koalitionszwang ausgenommen werden und die Abgeordneten frei nach ihrem Gewissen abstimmen können.

Vielfalt leben im Saarland – Aktionsplan für sexuelle Vielfalt!

angenommen

Schwusos Saar

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für einen saarländischen Aktionsplan für sexuelle Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie einzusetzen.

Dieser Aktionsplan muss folgende Punkte enthalten:

1. Die Themen sexuelle Identität und sexuelle Vielfalt sind in allen Bildungs-
Fortbildungseinrichtungen im Land verankert
2. Regenbogenthemen oder LSBTI-Themen werden in allen Politikbereichen
mitgedacht.
3. Verbände und Akteure werden in politische Prozesse eingebunden und sie
wirken in allen gesellschaftlichen Themen mit.
4. Gesundheitsziele werden nicht nur auf Präventionsarbeit für sexuell
übertragbare Krankheiten fokussiert.

Sexuelle Identität wird häufig auf die sexuelle Orientierung und, vor allem wenn es um Schwule geht, oft auch auf HIV-Infektionen reduziert. Die Sexualrichtlinien für saarländische Schulen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und muss in einen saarländischen Aktionsplan münden. „Schwul“ ist noch immer ein beliebtes Schimpfwort, nicht nur auf saarländischen Schulhöfen.

Hier muss sozialdemokratische Politik ansetzen und Maßnahmen entwickeln, die Diskriminierung, Vorverurteilung und Ablehnung vorbeugen. Dazu werden unter anderem die oben genannten Ziele benötigt. Die SPD Saar muss weiter Vorreiter in der Gleichstellungspolitik sein und sich weiterhin für ein buntes und vielfältiges Land einsetzen.

Jugendhilfe stärken. Kein Abbau von sozialer Infrastruktur

angenommen

Kreisverband Neunkirchen

Im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Finanzlage von saarländischen Kommunen und Landkreisen bzw. einer Existenz bedrohenden Politik der „Schuldenbremse“ im Saarland wird in der öffentlichen Auseinandersetzung immer wieder eine Reduzierung der Ausgaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gefordert. Die Jugendhilfe, als von den Kreisen zu erfüllende Pflichtaufgabe, bündelt einen Großteil des Kreishaushaltes. Einsparungen in diesem Bereich sind nur schwer möglich, da es sich um Pflichtaufgaben des Staates handelt.

Die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland muss ihren gesetzlichen Auftrag wahrnehmen

In Deutschland hat jeder junge Mensch ein verbrieftes Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

Im 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wird ausführlich erörtert, dass die Kinder- und Jugendhilfe inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei und eine Normalsituation für alle jungen Menschen und Familien darstellt. Kinder- und Jugendhilfe hat in diesem Zusammenhang einen gesetzlichen Auftrag, konkret definierte Leistungen zu erbringen, damit dieses Recht verwirklicht werden kann; sie soll somit dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten und zu schaffen.

Soziale Infrastruktur ist ein Teil der Daseinsvorsorge

In den letzten Jahren wurde das Betreuungsangebot für Kinder im Vorschulalter deutlich verbessert; der Ausbau von Angeboten für Kinder unter 3 Jahren forciert. Gleichzeitig sind die qualitativen Anforderungen an Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsleistungen in vorschulischen Einrichtungen gestiegen. Getragen von einem breiten politischen Konsens sollen durch diese kostenwirksamen Maßnahmen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen bzw. Kindern gute Startchancen zu bieten. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die entscheidende Herausforderung.

Um benachteiligte Kinder und Jugendliche in ihren Fähigkeiten zu stärken, sie vor einer sozialen Abwärtsspirale zu bewahren und ihnen einen Platz inmitten der

Gesellschaft zu ermöglichen, hat die Kinder- und Jugendhilfe passgenaue Angebote entwickelt; sie leistet damit einen wichtigen Beitrag, um jungen Menschen und letztendlich der Gesellschaft bessere Zukunftschancen zu geben.

Mit sozialpädagogischen Angeboten fördert Kinder- und Jugendarbeit die Sozialkompetenz, die Kreativität, Teamfähigkeit und die Bereitschaft junger Menschen zum sozialen Engagement sowie zur Übernahme von Verantwortung. Damit leistet sie einen wesentlichen und notwendigen Beitrag zum Erhalt einer demokratischen Gesellschaft, die sich den Grundrechten der Menschen verpflichtet fühlt.

Je besser und erfolgreicher Jugendämter in den verschiedenen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten und Rechtsansprüche sowie andere politische Vorgaben umsetzen, desto höher sind die Ausgaben in diesem Bereich.

Eine leistungsfähige soziale Infrastruktur als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge hilft Familien in schwierigen Lebenslagen, stärkt das Gemeinwesen und wird auch für Wirtschaftsunternehmen zu einem wichtigen Faktor bei der Standortwahl. Aufwendungen in diesen Bereich sind somit gleichzeitig auch eine wichtige Zukunftsinvestition für ein soziales und leistungsfähiges Gesellschaftssystem.

Die gesetzlich geforderte Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe hat ihren Preis

Internationale Vergleichsstudien haben offengelegt, dass die Qualität vorschulischer Einrichtungen verbessert werden muss, damit sie ihrem Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden können. An diesem Beispiel wird deutlich, wie die Kinder- und Jugendhilfe sich mit gestiegenen Ansprüchen in der öffentlichen Diskussion als auch in der Praxis auseinandersetzen muss. Vor diesem Hintergrund sind die Jugendämter und Landesjugendämter gesetzlich verpflichtet, Qualitätsstandards weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu kontrollieren. Die hier kurz skizzierten Vorgaben bedingen insbesondere höhere Anforderungen an die Ausbildung, Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte, insgesamt einen zusätzlichen Bedarf an Fachpersonal und somit entsprechende Mehrausgaben.

Eine engere Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule ist notwendig und ein gemeinsames politisches Ziel

Schule gehört zu den zentralen Lebensbereichen junger Menschen und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft der/des Einzelnen und damit auch der Gesellschaft insgesamt. Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit in der Schule verbringen. Mit den finanziellen Aufwendungen für die Eingliederungshilfe und mit ihren Angeboten der Jugendsozialarbeit unterstützt und ergänzt sie die Schule in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag und trägt zum

Ausgleich individueller und sozialer Beeinträchtigungen und damit zur Bildungsgerechtigkeit bei.

Kinderschutz – das Gebot der Stunde für die Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe hat in den letzten Jahren die gesellschaftspolitische Debatte um eine Verbesserung des Kinderschutzes als Herausforderung angenommen, Präventions- und Interventionskonzepte entwickelt, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen weiterqualifiziert und gesetzlich definierte Vorgaben zur Sicherung des Kindeswohls umgesetzt. Das Saarland hat mit dem saarlandweiten Projekt „Frühe Hilfen“ hier wegweisend wichtige Impulse für die inhaltliche Ausgestaltung des Bundeskinderschutzgesetzes geben können. Zum Schutz von Kindern und zur Unterstützung von Eltern, die mit der Erziehung von Minderjährigen gesellschaftspolitisch wichtige Aufgaben, aber auch Verantwortung übernehmen, ist die Kinder- und Jugendhilfe hier in besonderer Weise gefordert.

Gleiches gilt für unbegleitet einreisende Minderjährige, die nur durch Flucht ihr Leben retten und meist traumatisiert den Kriegswirren in ihrem Heimatland entkommen konnten. Ihre Zahl ist deutlich gestiegen und zwingt die Jugendämter gerade in einer Grenzregion wie dem Saarland zu besonderen Anstrengungen und zu einem erhöhten Personaleinsatz. Auch das Saarland hat im Rahmen eines bundesweiten Umlageverfahrens hier zusätzliche finanzielle Mehrbelastungen zu tragen; ohne diese Mehrkosten ist Kinderschutz nicht zu leisten.

Kinder- und Jugendhilfe leistet einen notwendigen Beitrag zur Armutsbekämpfung

Der 4. Kinder- und Jugendbericht für das Saarland 2014 hat aufgezeigt, wie stark demografische und sozialökonomische Faktoren die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen beeinflussen, prekäre Lebenslagen und das Armutsrisiko bedingen. Familien mit Kindern (darunter insbesondere die Lebensform „Alleinerziehend“ mit kleinen Kindern) tragen das höchste Armutsrisiko. Das Saarland hat die höchste Alleinerziehenden-Quote im Ländervergleich, so dass hier neben den siedlungsstrukturellen Einflüssen (der Verdichtungsraum Saarland ist eher mit Stadtstaaten vergleichbar) ungünstige soziostrukturelle Rahmenbedingungen gegeben sind und dadurch den Jugendämtern im Saarland „eine bedeutsame Rolle bei der Ausgestaltung einer kinder-, jugendlichen- und familienfreundlichen Umwelt und chancengerechter Sozialisationsbedingungen“ zukommt, so der 4. Kinder- und Jugendbericht (S. 188).

Beschäftigte in der Kinder- und Jugendhilfe stärken

Keine andere Berufsgruppe steht so sehr unter Druck sich für ihre Arbeit rechtfertigen zu müssen, wie die Beschäftigten in den Sozialberufen. Die Ursachen dieses Drucks sind mannigfaltig. Zum einen ist das Arbeitsergebnis der Arbeit mit Menschen nur schwer messbar. Insbesondere im Bereich der Prävention liegt kaum verwertbares Datenmaterial vor. Ein „verteidigen“ der eigenen Arbeitsleistung ist daher kaum möglich. Zum anderen verbreitet das allgegenwärtige Instrument des „Qualitätsmanagements“ ein Klima der Rechtfertigung und führt zu einem überbordenden bürokratischen Arbeitsaufkommen. Wenn die öffentliche Hand den Druck auf die Träger der Jugendhilfe erhöht und eine Kostenreduzierung einfordert, geben diese den Druck unweigerlich an das Personal weiter. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen auch uns als Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Sozialberufen. Wir erkennen die Arbeit derer an, die mit unseren Kindern und Jugendlichen arbeiten und damit einen unschätzbaren Beitrag für unsere soziale Infrastruktur leisten. Wir treten für die Beseitigung des Lohngefälles zwischen dem industriellen Gewerbe und dem Dienst an den Menschen ein. Gute Arbeit, auch in den Sozialberufen ist daher unsere Forderung.

Gleichwertige Jugendhilfe gewährleisten – Bund muss Kommunen unterstützen

Die Zukunft einer Gesellschaft entscheidet sich weitgehend in der Gegenwart, da heute die Weichen für das Morgen gestellt werden. Versäumnisse von heute, werden in den Folgejahren als Hypotheken zu höheren Ausgaben führen. Investitionen in der Kinder- und Jugendhilfe sind daher eine klassische Investition für die Zukunft und mitentscheidend für die Gestaltung der künftigen Gesellschaft. Kinder- und Jugendhilfe hat sich somit in den letzten Jahren qualitativ weiterentwickeln müssen, um den gestiegenen Aufgaben und zukünftigen Herausforderungen angemessen entsprechen zu können. Da die Jugendhilfe eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, muss sie auch gesamtgesellschaftlich getragen werden. Eine Jugendhilfe nach Kassenlage gefährdet das Kindeswohl und ist daher abzulehnen. Wir fordern den Bund daher auf, die Kommunen bei diesen wichtigen Aufgaben zu unterstützen und die erforderlichen Mittel dafür bereitzustellen.

Betreuungsgeld

angenommen

Jusos Saar

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 21.06.2015 das Betreuungsgeld gekippt. Damit wurde eine der fatalsten Fehlentscheidungen der Familienpolitik der letzten Jahre korrigiert – leider jedoch nicht durch eine politische Entscheidung, sondern auf dem Gerichtsweg. Dieser Moment muss genutzt werden, um einen Wandel in der Familienpolitik herbeizuführen.

Das Betreuungsgeld hielt Kinder von Bildungsangeboten fern und festigte die überkommene Rollenvorstellung der Aufteilung in Erwerbs- und Familienarbeit.

Gleichzeit ist das Angebot an Plätzen in Kindertagesstätten noch nicht ausreichend. Das stellt Familien vor große Probleme. Um diesen Familien zu helfen, müssen die Mittel aus dem Betreuungsgeld umgewidmet werden.

Erste Hilfe rettet Leben

angenommen

ASG Saar

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die saarländische Landesregierung auf, sich für eine Einführung eines verpflichtenden Erste-Hilfe Kurses in der Schule einzusetzen.

Dabei soll jeder Schüler ab der 9. Klasse jedes Jahr an einem eintägigen Erste-Hilfe Kurs in der Schule teilnehmen.

Organspenden rettet Leben

überwiesen an Landesvorstand

ASG Saar

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf sich für die folgende Änderung des Organspendengesetzes einzusetzen: Jeder hirntote Mensch, der die Erfordernisse zur Organspende erfüllt, spendet seine Organe, außer er oder sein gesetzlicher Vertreter hat zu Lebzeiten entschieden, dass er dieses nicht möchte.

Zulassung zum Medizinstudium

angenommen

ASG Saar

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Medizinische Fakultät der Universität des Saarlandes die Zulassungskriterien zum Medizinstudium nach folgenden Kriterien überarbeitet:

Vorauswahl

- Homburg muss auf Platz 1 bis 3 der Ortspräferenz liegen.
- Abiturienten werden bis zu einer Abiturdurchschnittsnote bis 2,5 berücksichtigt.

Auswahlkriterien

- Berücksichtigung einer Ausbildung im Bereich der Gesundheitsfachberufe nach dem Freiburger Model: Für eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem medizinischen Fachberuf eine Verbesserung von 0,1 im Durchschnitt pro Halbjahr Ausbildung und Berufstätigkeit; insgesamt maximal 0,5.
- Berücksichtigung des FSJ und Bufdis im Gesundheitsbereich mit einer Verbesserung von 0,1 im Durchschnitt.

Systemwechsel in der Finanzierung des Gesundheitswesens

angenommen

ASG Saar und Landesvorstand SPD Saar

Die paritätische Finanzierung war immer einer der Grundpfeiler des bestehenden Systems der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Das Gesundheitssystem muss auch in Zukunft solidarisch finanziert werden.

Die SPD Saar fordert daher in einem ersten Schritt, die paritätische Beitragsfinanzierung in der GKV noch in dieser Wahlperiode wiederherzustellen. Die Arbeitgeberseite muss auch in Zukunft paritätisch an den steigenden Kosten im Gesundheitswesen beteiligt bleiben.

In einem zweiten Schritt geht es darum, die Finanzierung der Aufgaben des Gesundheitswesens auf solidarischer Basis weiterzuentwickeln, sodass jede Bürgerin und jeder Bürger sich nach ihren bzw. seinen finanziellen Möglichkeiten an einer nachhaltigen Finanzierung von Infrastruktur, Prävention und Gesundheitsversorgung beteiligt.

Die SPD Saar fordert daher eine Reform der Kranken- und Pflegeversicherung hin zur Bürgerversicherung, um in der Pflege- und Gesundheitspolitik den notwendigen Systemwechsel herbeizuführen, der die zunehmende Zweiklassenmedizin beenden kann. Ziel ist, dass alle Versicherten in eine gemeinsame Kasse einzahlen, private Versicherungen dürfen nur als Zusatzversicherungen dienen.

Organisation einer ressortübergreifenden zeitnahen Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention im Saarland

angenommen

ASG Saar

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, effiziente und kompetente Strukturen zur Umsetzung des Präventionsgesetzes im Saarland zu schaffen, indem die bestehenden Strukturen gestärkt werden, statt neue Doppelstrukturen anzulegen. Konkret heißt das, zeitnah entsprechend §20f des Präventionsgesetzes eine Landesrahmenvereinbarung abzuschließen, in die alle wichtigen Akteure des Landes eingebunden werden.

Gesundheitspolitik als Wahlkampfthema in den Blick nehmen

angenommen

ASG Saar

Wir werden die Gesundheitspolitik in den anstehenden Wahlkämpfen als Wahlkampfthema in den Blick nehmen und zur Vorbereitung einen offenen Landesausschuss im Frühjahr 2016 durchführen.

Bundesweit angemessene Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr für Medizinstudierende

angenommen

ASG Saar und Jusos Saar

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die folgende Änderung der Approbationsordnung einzusetzen:

Die Aufwandsentschädigung für Medizinstudierende im Praktischen Jahr muss bundesweit auf den Betrag des BAföG Höchstsatzes, geregelt in § 13 BAföG, festgelegt werden.

Therapiekostenübernahme bei Lipödemen

überwiesen an ASG Saar

Jusos Saar

Wir fordern:

- Die Krankheit vollständig anzuerkennen und entsprechend in der ICD 10 Klassifikation einzugliedern
- die komplette Übernahme der Kosten für die Liposuktion durch die Krankenkasse.

Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen

angenommen

Kreisverband Saarbrücken-Stadt

Die SPD Saar fordert die saarländischen SPD Bundestagsabgeordneten sowie die SPD Landtagsabgeordneten (über eine Bundesratsinitiative) auf, sich für eine kostenfreie Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen mit einem geringen Einkommen (ALG II / Hartz IV) einzusetzen.

Transparenz verbessern – gegen den Ausverkauf der Demokratie!

angenommen

Kreisverband Saarbrücken Stadt

Die SPD Saar fordert die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters in Bundes- und Landesparlamenten, in einer für die Öffentlichkeit einsehbaren Datenbank, in der Lobbyarbeit betreibende Akteure Informationen über ihre Arbeit und deren Finanzierung offenlegen müssen. Zunehmende finanzielle und personelle Verflechtungen gefährden die Unabhängigkeit demokratischer Institutionen und die Ausgewogenheit politischer Entscheidungen.

„Outsourcing“ von Gesetzesinitiativen an Anwaltskanzleien und Denkfabriken schränkt die politische Mitgestaltung in den Parlamenten immer mehr ein und entzieht sich weitgehend jedweder Kontrolle. Wenn Abgeordnete zudem Honorare dafür erhalten, die Interessen von Unternehmen und Verbänden parlamentarisch zu vertreten, sind sie im Sinne des Grundgesetzes nicht mehr frei von „Aufträgen und Weisungen und ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet.“ Zu fordern ist daher ein klares und eindeutiges Verbot von honorierten Lobbytätigkeiten neben der Wahrnehmung des politischen Mandats und eine deutliche Verlängerung verpflichtender Karenzzeiten für ehemalige hauptamtliche Amts- und Mandatsträger_innen auf mindestens 18 Monate sowie ein generelles Verbot von honorierter Lobbytätigkeiten während dieses Zeitraums.

Vorratsdaten

angenommen

Kreisverband Saarbrücken-Stadt

Die SPD Saar fordert die Landesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung auf, bei der vom SPD Parteikonvent 2015 beschlossenen Überprüfung im Jahr 2018 auf einen Verzicht anlassloser Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten hinzuwirken.

Öffentliche Petitionen auch im Saarland möglich machen!

angenommen

Kreisverband Saarpfalz

Die SPD Saar fordert die Landtagsfraktion auf, eine Initiative zur Änderung der Geschäftsordnung des saarländischen Landtags zu starten, so dass öffentliche Petitionen – wie sie bereits auf Onlineplattformen zu finden sind – auch beim saarländischen Landtag eingereicht werden können.

Freiheit stärken, §166 StGB streichen

überwiesen an ASJ Saar

Jusos Saar

Wir fordern die Streichung des §166 StGB.

Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken! überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion

Jusos Saar

Bei Staaten, die ihr Handeln geheim halten, weil sie in einem von Grundrechten und Verfassung losgelösten Raum agieren, ist demokratische Kontrolle unmöglich. In diesen Situationen sind es „Whistleblower“, die eine demokratische Öffentlichkeit informieren. Der Vorwurf des Landesverrates ist ein völlig unverhältnismäßiges Mittel, um diese Journalisten einzuschüchtern. Wir fordern Straffreiheit für Whistleblower die im öffentlichen Interesse handeln, um einen Missstand abzustellen der schwerer wiegt als berechnete Geheimhaltungsinteressen. Wir brauchen einen staatlichen Whistleblowerschutz.

Wir fordern, dass der § 94 StGB Landesverrat durch einen weiteren Artikel ergänzt wird, der Journalisten vor dem Vorwurf des Landesverrats nachhaltig schützt.

Die rechtlichen Konsequenzen aus Artikel (1) und (2) entfallen, wenn sie von Journalisten mit dem Ziel vorgenommen werden, die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu informieren und das öffentliche Interesse in ausreichendem Maße das Geheimhaltungsinteresse des Staates zum Schutz der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschlands aufwiegt.

Modellprojekt zur Cannabis-Legalisierung im Saarland

überwiesen an Landesvorstand

Jusos Saar

Wir fordern die Landesregierung auf:

- Etablierung eines Modellprojektes zur Legalisierung von Cannabis im Saarland
- Die Abgabe soll ausschließlich über Apotheken erfolgen. Eine maximale wöchentliche Abgabemenge ist anzudenken.
- Das Projekt soll eine Laufzeit von zwei Jahren nicht unterschreiten.
- Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung des Projektes
- Stärkung der Präventionsmaßnahmen durch eine teilweise Abschöpfung der Steuereinnahmen aus dem Vertrieb
- Aufarbeitung der Ergebnisse in einer Studie, die Argumente für und gegen eine bundesweite Cannabislegalisierung enthalten soll.

Moderner Datenschutz sichert Freiheits- und Bürgerrechte

überwiesen an Landesvorstand

Jusos Saar

Wir erleben im 21. Jahrhundert einen technologischen Fortschritt in einer Geschwindigkeit wie es ihn in der Geschichte wohl noch nie gegeben hat. Er verändert unsere Gesellschaft, er verändert die Menschen und unser Denken. Die Art der Kommunikation, das Konsumverhalten und die Ver- und Bearbeitung von Informationen aller Art werden unseren Alltag einer fundamentalen Änderung unterziehen. Das soziale Miteinander als solches ist durch soziale Netzwerke, durch die Nutzung des Internets an jedem Ort ein anderes geworden.

Auch die Politik ist davon keineswegs unberührt geblieben. Die Verbreitung von (politischen) Informationen geschieht heutzutage nahezu in Echtzeit bspw. über Twitter, facebook oder direkte Pushnachrichten aufs Smartphone. Dank dem Fortschreiten des Internets haben sich der politische Prozess und Partizipations- und Protestmechanismen grundlegend gewandelt. Neue Formen politischer Beteiligung sind auf dem Vormarsch. Sie bieten den Bürger*innen bessere Möglichkeiten, direkten Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen und teilzuhaben am Wandel der Gesellschaft.

Dieser Wandel der Gesellschaft hin zu einer von Informationen gesteuerten Gesellschaft bedeutet aber auch eine große politische Herausforderung. Neben zahlreichen Chancen stellen die neuen technologischen Möglichkeiten auch zahlreichen Risiken dar. Neue vermeintlich kostenlose Dienste à la Google und Facebook sind mitnichten umsonst. Gezahlt wird mit den Daten der Bürger*innen - sie sind die Währung im Internet des 21. Jahrhundert. Diese Preisgabe von Daten birgt neue Angriffspunkte für Kriminelle. Setzt man verschiedene Daten wie ein Puzzle in ein Ganzes zusammen, sind unsere Daten sehr begehrt und für viele Unternehmen im wahrsten Sinne des Wortes „Gold wert“. Aber nicht nur Unternehmen, sondern auch staatliche Akteur*innen und Institutionen nutzen zunehmend Daten der Bürger*innen, um an Informationen zu gelangen und diese zu verarbeiten. Dies geht mit einer noch nie da gewesenen Durchleuchtung und Überwachung aller Nutzer*innen von digitaler Technologie einher. Der digitale Fingerabdruck ist allgegenwärtig, wie die Veröffentlichung von Überwachungsmaßnahmen verschiedener Staaten uns deutlich vor Augen geführt hat.

Doch was bedeutet diese neue digitale Gesellschaft nun für die Bürger*innen? Zunächst ist es an der Politik, Fragen von Sicherheit und Freiheit, von Privatheit und

Transparenz neu zu denken. Die Pole sind wieder in ein Gleichgewicht, in eine neue Balance zu bringen. Dort, wo es Spannungsfelder gibt, müssen diese abgebaut werden. Dabei sollten wir jedoch stets an die Worte von Willy Brandt denken. Sie stammen aus einer Zeit, in der digitaler Fortschritt wenn überhaupt in den Kinderschuhen steckte, sollte aber bis heute noch unser Leitmotiv des Handelns sein:

"Deutsche Sozialdemokraten dürfen Kränkungen der Freiheit nie und nimmer hinnehmen. Im Zweifel für die Freiheit!"

Eine sozialdemokratische Politik im digitalen Zeitalter muss diesen Grundsatz bei allen Entscheidungen und Diskussionen berücksichtigen. Dies betrifft sowohl Datenschutz, als auch Transparenz- und Freiheitsrechte!

Datenschutz und Datensicherheit verbessern

Daten, insbesondere die, die der Staat erhebt, unterliegen einem besonderen Schutz. Per Staatsvertrag wurde der IT-Planungsrat gebildet mit dem Auftrag der verbindlichen Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen in der IT und im E-Government. Im Jahr 2013 wurde u.a. die „Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung“ verabschiedet die für den Bund und die Länder verpflichtend ist.

Dies allein halten wir jedoch für unzureichend. Während im Saarland bereits mit den „Bürgerdiensten Saar“ ein Schritt in die richtige Richtung gemacht wurde halten wir die Einführung eines umfassenden E-Government Gesetzes für längst überfällig. Bereits im Jahr 2013 wurde dieses Vorhaben von Minister Toscani gepriesen.

Nach ersten Schätzungen des Normenkontrollrats der Bundesregierung könne bei vollständiger Umsetzung des E-Government-Gesetzes des Bundes mit jährlichen Einsparungen von 35 Millionen Euro bei den Bürgern, 208 Millionen Euro bei der Wirtschaft und 930 Millionen Euro bei der Verwaltung gerechnet werden. Bei einer weiteren Umsetzung in Ländern und Kommunen liegen die Einsparpotenziale noch höher, frohlockte der Minister damals. Leider wurde bisher jedoch kein Gesetz auf den Weg gebracht, obwohl es offensichtlich hohe Einsparpotentiale birgt.

Doch nicht nur Daten, die der Staat erhebt, sollen einem hohen Schutzniveau unterliegen. Auch bei Daten, die von Unternehmen als „Währung“ ihrer vermeintlich kostenlosen Dienste erhoben und verarbeitet werden, muss der Staat Kontrollbefugnisse ausüben.

Wir fordern

- die Maßstäbe der Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung“ in allen Kommunen umzusetzen.
- die rasche Einführung eines eigenen und umfassenden E-Government Gesetz im Saarland

Datenschutz im Straßenverkehr

Auch die technische Entwicklung und Automation im Straßenverkehr schreitet stetig voran. Autonome KFZ können in wenigen Jahren zum alltäglichen Bild des Straßenverkehrs dazugehören. Dies führt zu digitalen Spuren über den Zustand des Kraftfahrzeugs (Kfz), das Verkehrsgeschehen, den Halter und den Fahrer sowie über äußere Umstände des Verkehrs sowie über die Verkehrsteilnehmer. Mit Erfassung der Daten beim Betrieb eines KFZ ist es u.a. möglich Halter und Fahrer zu ermitteln, sämtliche Standort- und Bewegungsdaten zu erfassen sowie die Fahrgewohnheiten zu analysieren. Mittlerweile überlegen einige Versicherer, günstigere Policen anzubieten, wenn sich die Versicherten bereit erklären, ihr komplettes Verhalten im Straßenverkehr offen zu legen.

Was sich zunächst nach einem guten Service und günstigem Angebot für die Versicherten anhört ist in Wahrheit die Erstellung des komplett gläsernen Verkehrsteilnehmers. Anonymität wird bei der Mobilität aufgehoben mit der Folge möglicher Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens. Dies kann u. a. dazu führen, dass zulässiges, aber unangepasstes und für unerwünscht angesehenes Verkehrsverhalten diskriminierend behandelt und unterdrückt wird.

Wir fordern

- die Umsetzung der Maßgabe der Datensparsamkeit im Bundesdatenschutzgesetz. Sie müssen jederzeit selbst die Möglichkeit haben über ihre Daten und deren Verarbeitung entscheiden zu können. Eine vorherige Zustimmung zu allen Änderungen seitens des Vertragsgebers muss verpflichtend sein.
- ein gesetzliches Verbot der Erstellung von Bewegungsprofilen und detaillierten Fahrgewohnheiten ohne Zustimmung des Betroffenen, oder ohne Möglichkeit, diese Zustimmung jederzeit zu widerrufen
- Kameras auf Ampeln dienen ausschließlich der Verkehrsflussbeobachtung und sollten daher nach Möglichkeit weder Gesichter noch Fahrzeugkennzeichen erkennbar zeigen. Dies ist über eine Anonymisierung per Software oder einfach eine ausreichend schlechte Auflösung zu gewährleisten. Die Bilder der Kameras sind nur in Echtzeit anzuzeigen und dürfen nicht gespeichert werden. Darüber hinaus ist visuell anzuzeigen, wann die Kamera eingeschaltet ist

Datenschutz bei Polizeieinsätzen

Viele Einsätze der Polizei sorgen im Nachhinein für Diskussionen. Die Aussagen der Beteiligten widersprechen sich häufig, insbesondere wenn es im Rahmen der Einsätze zu weiteren Straftaten oder gewalttätigen Aktionen gekommen ist. Gerade in solch einer Situation kann eine Kameraaufzeichnung als objektives Beweismittel Klarheit schaffen.

Schon heute tragen Videoinformationen zur Aufklärung von Straftaten am Rande von Demonstrationen bei. So konnte ein Polizeibeamter der schweren Körperverletzung überführt werden, nachdem er am Rande einer Demonstration gegen die Verherrlichung des NS-Kriegsverbrechers Erich Priebke einen Demonstranten geschlagen hatte. Der Beamte ist inzwischen verurteilt und wird – vorbehaltlich des Revisionsverfahrens – aus dem Polizeidienst entlassen werden. Das Gericht stellte fest, dass ohne dieses Beweisstück wahrscheinlich gegen den Geschädigten dieser Körperverletzung wegen des Verdachts des Widerstands gegen Vollzugsbeamte ermittelt worden wäre. Ohne dieses Video wäre demnach Unrecht gesprochen worden. Niemand kann sagen, wie häufig dies heute geschieht.

Solche privat gedrehten Videos erfüllen jedoch häufig nicht die Ansprüche, die im Gerichtsverfahren an die Dokumentation angelegt werden. Sie zeigen oft nur einen minimalen Ausschnitt des Geschehens und dokumentieren nicht, wie eine Situation überhaupt entstanden ist. Solche Privatvideos können eine gerichtsfeste Einsatzdokumentation jedoch sinnvoll ergänzen.

In der Öffentlichkeit werden häufig gewalttätige Situationen am Rand von ansonsten friedlichen Fußballspielen oder Demonstrationen diskutiert. Die meisten gewalttätigen Einsatzsituationen finden jedoch in alltäglichen Einsätzen statt; vor der Diskothek, bei häuslicher Gewalt, nach einem Ladendiebstahl.

Darum sind Präventionsmaßnahmen hier besonders wichtig. Ein vorausschauendes und deeskalatives Verhalten von Beamten fordern wir in solchen Situationen ein!

In den USA existiert seit Jahren eine Videoüberwachung in den Einsatzfahrzeugen der Polizeieinheiten. Nachdem deren Einsatz das Fehlverhalten einiger Cops aufgedeckt hat, wurden bei einigen Polizeien auch Körperkameras angeschafft. Damit wurden auch die Forderungen von Bürgerrechtler_innen umgesetzt, die eine videografische Dokumentation von Einsätzen gefordert hatten, um Polizeigewalt zu verhindern.

Und die Zahlen geben den Bürgerrechtler_innen recht: In Rialto (Kalifornien / USA) sank die Zahl der Beschwerden gegen Polizeibeamte um 88% und die Zahl der

Einsätze von Gewalt durch Polizeibeamt_innen sank um fast 60% nach dem Einsatz der Kameras.

Auf der anderen Seite steigt auch die Gewalt gegen Polizeibeamte seit Jahren an. Auch hier sind es oft Alltagssituationen, in denen es zu Gewaltausbrüchen kommt. Die Schuldfrage ist oft im Nachhinein nicht mehr zu klären. Eine frühzeitige Dokumentation kann allen Beteiligten – Polizeibeamt_innen wie ihrem Gegenüber – aufzeigen, dass ihre Handlungen dokumentiert werden und somit Gewalt verhindern.

Auch im Saarland ist ein Modellprojekt zum Einsatz von BodyCams für Ende 2015 geplant. Es existieren allerdings noch keine verlässlichen Zahlen, wie viele dieser Kameras angeschafft werden sollen. So nannte Minister Bouillon innerhalb von drei Wochen bei unterschiedlichen Medien unterschiedliche Zahlen.

Neben dem saarländischen Modellprojekt laufen Testphasen in den Bundesländern und Hamburg und Rheinland-Pfalz.

Ein entsprechendes Projekt in Hessen ist inzwischen evaluiert. In Frankfurt (Alt-Sachsenhausen) sank die Zahl der Widerstände gegen Vollzugsbeamte von 40 auf 25 im Jahr nach der Einführung der BodyCams. Auch die Anzahl der Maßnahmen, die mit körperlichem Zwang durchgesetzt wurden nahm signifikant ab.

Auch eine Evaluation des Saarländischen Pilotprojektes ist vor einer Ausweitung dringend notwendig. Schließlich werden die Anschaffungskosten aus dem Polizeihaushalt bestritten und fehlen zum Beispiel im Beförderungsbudget für die Schutzleute. Die Ausgaben müssen aber nicht nur vor den Polizeibeamt_innen, sondern vor allen Steuerzahler_innen gerechtfertigt werden.

Ein Mehrwert durch die Einführung für BodyCams entsteht, durch das Erfassen der konkreten Interaktion zwischen Bürgern und Polizisten, so dass im Streitfall neben der Aussage der Polizisten und der Bürger auch ein objektives Beweismittel zur Verfügung steht, auf dem auch Details erkennbar sind. Das könnte deeskalierend auf alle Beteiligten wirken.

Um die Bürger*innen dabei vor übermäßigen Eingriffen in ihre Grundrechte auf informationelle Selbstbestimmung zu schützen, müssen deshalb klare und transparente rechtliche Vorgaben an den Einsatz dieser Überwachungsinstrumente gestellt werden. Nur so kann künftigen Fehlentwicklungen vorgebeugt werden, die dazu führen, dass im Verhältnis Bürger – Polizei eine technische Drohkulisse aufgebaut wird, die allein einseitigen Interessen zu dienen bestimmt ist.

Daneben sind die Einsatzbereiche für die kleinen Kameras klar vorzugeben. Im Sinne der Datensparsamkeit ist jegliche Videoaufzeichnung auf das zwingend notwendige Maß zu beschränken. Es muss jedenfalls ein konkreter und klar definierter Anlass vorliegen, in der die Kamera eingeschaltet wird. Dies kann bspw. eine konkrete Gefahrensituation sein. „Die Herausforderungen digitaler Gesellschaft treffen auch die Polizei. Durch den technischen Fortschritt und neue Möglichkeiten zur Kommunikation muss das Verhältnis zwischen Bürgern und Polizei an einigen Stellen neu verhandelt werden. Einen solchen Prozess wollen wir begleiten.

Aus diesem Grund fordern wir die SPD auf einen parteiöffentlichen Polizeikongress zu veranstalten. In diesem Polizeikongress sollen vor allem die neuen Herausforderungen an die Polizei in der digitalen Gesellschaft auf der Tagesordnung stehen.

Ein wichtiges Thema für einen solchen Kongress ist die Einführung der BodyCams. Die Einführung der BodyCams macht das Argument der Polizeigewerkschaften obsolet, dass es durch die Einführung einer Kennzeichnungspflicht zu ungerechtfertigten Anzeigen gegen Polizeibeamt_innen kommen würde. Darum wollen wir darüber reden, wie eine Einführung der Kennzeichnungspflicht gestaltet werden kann.

Das (fehlende) Auftreten der saarländischen Polizei in sozialen Netzwerken lässt Raum für private Fahndungsaufrufe, Hetze gegen Minderheiten und erschwert die Überprüfung reißerischer Berichterstattung. Wir wollen darüber diskutieren, wie ein Auftritt der Polizei in Sozialen Medien aussehen kann.

Beamte der Saarländischen Polizei gaben in diesem Jahr als Whistleblower Informationen über Missstände in der Polizei weiter. Wir wollen darüber sprechen, ob die Einführung eines Polizeibeauftragten beim Saarländischen Landtag eine – strafbare – Weitergabe von Dienstgeheimnissen hätte verhindern können. Weiter muss Thema sein, wie Whistleblower in Behörden geschützt werden können.

Als Sozialdemokrat_innen wollen wir in die Ausgestaltung eines solchen Kongresses einbezogen werden.

Diese Anlassbezogenheit dient dazu, um einer durch Einschüchterung drohenden Verschlechterung des Vertrauensverhältnisses der Bürger zur Polizei vorzubeugen. Auch in der Zukunft muss es noch möglich sein, Polizeibediensteten gegenüber Kritik zu äußern, ohne allein deshalb mit Ton und Bild aufgenommen zu werden. Trotz aller

technischen Möglichkeiten, die der digitale Wandel mit sich gebracht hat, sollte das gegenseitige Vertrauen in das jeweilige Handeln zwischen Bürger*innen und Behörden an oberster Stelle stehen.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass zunächst sämtliche rechtlichen und tatsächlichen Fragen geklärt werden, bevor übereilt Body Cams zum Einsatz kommen. Unklar sind beispielsweise Fragen wie, wer die Daten sehen und auswerten, wie lange sie gespeichert werden und von wem genau. Gerade vor dem Hintergrund, dass sich auf den Bildern hauptsächlich unschuldige Bürger*innen befinden, ist ebenso zu klären, wer die Auswertung kontrolliert und wie ein Missbrauch der Daten ausgeschlossen werden kann.

Wir fordern

- die saarländische Landesregierung auf, vor der Einführung von BodyCams sämtliche rechtlichen und tatsächlichen Fragen und Unklarheiten zu klären und den Menschen im Saarland transparent zur Verfügung zu stellen.
- eine klare Definition über den Kreis der Institutionen, welche die Auswertung des Datenmaterials vornehmen, sowie die Begrenzung der Dauer der Speicherung des Datenmaterials.
- Nach dem Pilotprojekt muss eine kritische Evaluation dieses Einsatzmittels erfolgen. Bei der Evaluation muss auch die Möglichkeit geprüft werden, dass das Pilotprojekt keine Verbesserungen gebracht hat und demnach keine Einführung erfolgt.
- Darum müssen alle Änderungen am Saarländischen Polizeigesetz (SPolG) zum Ende der Evaluation wieder automatisch rückgängig gemacht werden, falls das Projekt nicht in eine Einführung mündet.
- Der Beginn und das Ende einer Einsatzdokumentation mittels BodyCam ist durch einen Polizeiführer oder die Führungs- und Lagezentrale anzuordnen und darf nicht vom Gutdünken der Schutzleute vor Ort abhängen. Die Uhrzeit und Dauer der Aufzeichnung ist zu dokumentieren.

Die Aufzeichnung muss die gesamte Einsatzsituation dokumentieren und darf nicht nur auf einzelne Ausschnitte begrenzt werden.

- Für Bürger_innen muss die Ausstattung eines Polizeikommandos mit Körperkameras aus einer Entfernung von mindestens 10 Metern klar erkennbar sein. Weiter muss erkennbar sein, ob die Kamera eingeschaltet ist.
- Wir begrüßen, dass die Beschaffung der Hessischen Warnwesten vorgesehen ist – auch weil diese bereits über Klettfolien zur Anbringung einer persönlichen Kennzeichnung verfügen.

- Die Einbindung des Datenschutzbeauftragten der Landesregierung ist sicherzustellen.
- sollte es zur Einführung der BodyCams kommen, die klare Kennzeichnung von Polizeibeamt*innen, die mit BodyCams ausgerüstet sind. Dies kann beispielsweise durch eine spezielle Weste (vgl. Warnweste) geschehen, welche von Beamt*innen mit BodyCams getragen werden muss.
- sollte es zur Einführung der BodyCams kommen, die Einrichtung einer unabhängigen Treuhandstelle, welche die Gewährleistung der Sicherheit polizeilicher Datenverarbeitung zur Aufgabe hat.

Polizeikongress

Daneben wirft die geplante Anschaffung von BodyCams bei der saarländischen Polizei viele Fragen auf, die vor Inbetriebnahme einer kritischen rechtlichen Prüfung bedürfen. Und auch die Debatte um die Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen hat beispielhaft gezeigt, dass auch die Thematik der Dokumentation und Transparenz polizeilichen Handelns ein wichtiger Faktor für das Vertrauen von Bürger*innen in die saarländische Polizei darstellt. Damit das Bildmaterial auch dem Schutz der Bürger dienen kann darf eine Löschung vor Ablauf eventueller Mindestspeicherfristen technisch nur für die zuständige Stelle, etwa die Staatsanwaltschaft, aber nicht für die beteiligten Polizisten selber oder ihre Kollegen auf der Wache möglich sein. Ebenso wäre es zur objektiveren Erfassung der Situation hilfreich, wenn ein Abschalten der Kamera nur mit einer Zeitverzögerung, z.B. 30 Sekunden, möglich wäre.

All dies zum Anlass nehmend fordern wir

- die SPD Saar auf einen parteiöffentlichen Polizeikongress zu veranstalten. Bei diesem Kongress sollen die im Antrag aufgeworfenen und weitere Fragen bzgl. Datenschutz, Bürger*innenrechte und Transparenz umfassend von Expert*innen beleuchtet werden. Insbesondere fordern wir die SPD Saar in diesem Zusammenhang auf, Expert*innen und Vertreter*innen von
 - Polizei,
 - Gewerkschaft,

Wissenschaft (bspw. Professor Dr. Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg) und NGO's (bspw. Amnesty International, als Referent*innen für einen solchen Kongress zu gewinnen.

Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen anerkennen

angenommen

ASF Saar

Frauen erleben die Flucht aus ihrem Heimatland unter erschwerten Bedingungen. Sie erleben Gewalt, Unterdrückung und nicht selten Vergewaltigung. Vor allem Schwangere Frauen leiden darüber hinaus unter fehlender gesundheitlicher Betreuung während der Flucht, Mangelernährung und fehlenden Möglichkeiten der Erholung. Die Perspektive ist ein Leben in Frieden und Freiheit im Zielland.

Der Landesparteitag fordert die saarländische Regierung auf, für Flüchtlingsfrauen Bedingungen zu gewährleisten, die sie vor jeglicher Gewalt schützen und ihnen von Anfang an eine gute Gesundheitsversorgung zur Verfügung stellen.

Dazu gehören:

- Geschlechtsspezifische Asylgründe müssen berücksichtigt werden. Die Frauen müssen im Anhörungsverfahren den nötigen Schutz genießen, diese Gründe auch äußern zu können. Schwangere Frauen dürfen nicht abgeschoben werden.
- Schwangere Frauen und Mütter mit kleinen Kindern müssen besonderen Schutz genießen und Zugang zur Hebammenbetreuung vor und nach der Geburt muss dabei gewährleistet werden. Sowohl Schwangere als auch Wöchnerinnen mit Fluchterfahrungen bedürfen eines besonderen Schutzes. Gerade Frauen, die eine mehrwöchige Flucht hinter sich gebracht haben, sind besonders gefährdet. Eine Weiterverlegung in ein anderes Bundesland im Falle einer Risikoschwangerschaft ist daher auszuschließen. Für die Entbindung ist eine angemessene gesundheitliche Betreuung in einem Krankenhaus sicherzustellen. Die Herkunft darf nicht über die medizinische Versorgung einer schwangeren Frau und ihres ungeborenen Kindes entscheiden. Ebenfalls dürfen Flüchtlingsfrauen und ihre Neugeborenen während der in Deutschland geltenden Mutterschutzfristen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus nicht zu einer Verlegung gezwungen werden. Vor einer Verlegung ist ein ärztliches Attest erforderlich, dass die Transportfähigkeit der Frauen überprüft.
- Die Unterbringung von Flüchtlingsfamilien, alleinlebenden und alleinerziehenden Frauen soll in Wohnbereichen mit eigener Küche und Sanitärbereich erfolgen. Alleinreisende und alleinerziehende Frauen sollen geschützt untergebracht werden. Diese Unterbringung soll nicht in Erstaufnahmestellen erfolgen, sondern in sozial-psychologisch betreuten Wohngemeinschaften außerhalb

von Erstaufnahmeeinrichtungen. Wöchnerinnen und Neugeborene dürfen nicht in Zelten untergebracht werden.

Flüchtlingsfrauen brauchen in der Erstaufnahmestelle, aber auch später in den Kommunen eine kultursensible medizinische und psychologische Betreuung. Dazu gehören insbesondere Einrichtungen nur für Frauen und ihre Kinder. Für schwer traumatisierte Frauen ist psychologische Betreuung unerlässlich. Frauen, die in ihren Herkunftsländern oder während der Flucht sexualisierte Gewalt erlebt haben, müssen einen Anspruch auf Beratung und Betreuung haben. Die Betreuung muss in der Muttersprache ggf. durch Dolmetscherdienste durch Frauen angeboten werden.

Flüchtlingsfrauen müssen Zugang zu allen Integrationsmaßnahmen erhalten, sei es im Hinblick auf die Integration in den Arbeitsmarkt ebenso wie zu Sprachkursen. Dieser Zugang darf an fehlender Kinderbetreuung nicht scheitern.

Weitere wichtige Bedingungen nicht nur für Frauen sind:

- Eine angemessene gesundheitliche Versorgung durch eine der gesetzlichen entsprechenden Krankenversicherungen. Eine gute gesundheitliche Betreuung lässt sich dauerhaft nicht über Ehrenamt sicherstellen. Hier sind Landes- und Bundesregierung, sowie Krankenkassen gefragt, zügig eine Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge auf den Weg zu bringen. Dies erleichtert den Zugang zu medizinischer Versorgung und senkt die administrativen Kosten für die Leistungsträger auf kommunaler Seite.
- Der Zugang zu sprachlichen Integrations Sprachkursen muss für alle Flüchtlinge gewährleistet unmittelbar nach der Erstaufnahme gewährleistet werden, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Insbesondere weiblichen Flüchtlingen sollten Kurse von Frauen für Frauen angeboten werden.
- Rund ein Drittel der ankommenden Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche, die mit oder ohne Eltern in Deutschland einreisen. Junge Familien benötigen schnelle Beratung zum Zugang in das örtliche Bildungs- und Betreuungssystem. Insbesondere für die soziale Integration und den Spracherwerb der Kinder ist ein zügiger Besuch eines Kindergartens oder einer Schule wichtig. Die AsF Saar begrüßt daher die im Saarland unabhängig vom Aufenthaltsstatus geltende Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrungen.
- Neben Ehrenamtlichen, die in großer Zahl und aufopferungsvoll Hilfe anbieten und leisten, muss ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen, auch zur Koordinierung und Unterstützung der Ehrenamtlichen. Gerade die Ehrenamtlichen benötigen professionelle Beratung und Ansprechpartner_innen. Aufgrund der hohen Zahlen an neuankommenden Flüchtlingen arbeiten die Landesaufnahmestelle in Lebach und auch die Kommunen mit vielen Ehrenamtlichen zusammen.

Kommunales Wahlrecht für nicht EU-Ausländer

angenommen

Kreisverband Saarbrücken-Stadt

Der Landesparteitag der SPD Saar möge beschließen:

Die SPD Saar fordert die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, ein Gesetz zu erarbeiten, das Migrantinnen und Migranten, auch wenn sie keine Bürgerinnen und Bürger eines EU-Staates sind, ermöglicht, an kommunalen Wahlen – mit aktivem und passivem Wahlrecht – teilnehmen zu können. Alle Migrantinnen und Migranten, die länger als 5 Jahre in Deutschland leben und ihren dauerhaften Wohnsitz in Deutschland haben, sollten wählen dürfen bzw. wählbar sein, wenn sie das vom Gesetzgeber festgesetzte Wahlalter erreicht haben.

Zudem fordern wir die saarländische Landesregierung auf, bei diesem Thema auf Bundesebene aktiv zu werden und die oben genannte Forderung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Zusammen stehen gegen Rechts – Keine Zusammenarbeit mit der AfD

angenommen

Kreisverband Saarpfalz

- Keine parlamentarische oder außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD oder ihr nahestehenden Gruppen!
- Die Ablehnung der Zusammenarbeit darf sich nicht auf streitbare Themen begrenzen. Häufig versuchen populistischen Kräfte scheinbare Sachthemen auf die Agenda zu setzen, um Anerkennungs- und Normalisierungseffekte zu erreichen. Einer solchen Strategie muss sich die SPD entgegenstellen.
- Spricht die AfD ein existierendes Problem an, kann ein gleichlautender Antrag von allen anderen Fraktionen eingebracht und abgestimmt werden.
- Gleichzeitig muss sich die SPD mit der AfD politisch auseinandersetzen, ohne ihr zu hohe Aufmerksamkeit zuzuspielen. Bringen Mitglieder der AfD Anträge ein, soll nur ein Mitglied des Kommunalparlaments erwidern. Anschließend wird der Antrag gemeinsam abgelehnt.
- Bei Personalentscheidungen dürfen die Rechtspopulisten nie das Zünglein an der Waage sein. Darum muss die SPD auch auf andere Parteien einwirken, dass keine Verhandlungen mit der AfD aufgenommen werden. Stabile Mehrheiten sind mit der AfD nicht möglich.

Nachhaltiges Landesbäderkonzept entwickeln – jetzt!

überwiesen an Landesvorstand mit der Maßgabe, die Thematik in die Gespräche mit der kommunalen Ebene zur Entwicklung der Landesplanung einzubeziehen

Jusos Saar

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich bei der Landesregierung und im Parlament zügig für die Erstellung eines landesweiten Bäderkonzepts einzusetzen. Die saarländischen Kommunen dürfen mit der Finanzierung von Schwimmbädern nicht länger alleine gelassen werden.

Finanzierung Personaleinstellungen

angenommen

AfA Saar

Die Belastungen von Kommunen und Kreisen wird durch die Erfüllung von Pflichtaufgaben des Bundes, wie z. Bsp. bei der Flüchtlingshilfe, immer größer.

Die Bundesregierung und die saarländischen Bundestagsabgeordneten der SPD werden aufgefordert, auf strikte Konnexität zu achten.

Ländlicher Raum – ein starkes Stück Saarland

überwiesen an Landesvorstand mit der Maßgabe, die Thematik in die Gespräche mit der kommunalen Ebene zur Entwicklung der Landesplanung einzubeziehen

Kreisverband St. Wendel

Nach einer EU-Statistik sind etwa 90 Prozent der Fläche Deutschlands ländlich geprägt. Im Saarland nimmt der ländliche Raum etwa 2/3 der Landesfläche ein. Hier wohnt mehr als 1/3 der saarländischen Bevölkerung. Die SPD setzt sich seit Jahren für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Saarland ein.

Ländliche Räume sind starke wirtschaftliche Räume. Für die SPD ist klar: Der Ländliche Raum hat Zukunft. Er fördert die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung und ist identitätsbildend. Im Saarland kommt dem ländlichen Raum daher eine unverzichtbare Funktion zu.

Gleichzeitig steht er sozialen, ökonomischen und demografischen Herausforderungen gegenüber. Besonders die Abwanderung und Überalterung stellen eine besondere Belastung dar. Im Bereich der dörflichen Infrastruktur werden immer mehr Verluste öffentlicher und privater Angebote verzeichnet.

Auch im Bereich der Landwirtschaft ist ein Strukturwandel zu verzeichnen. Landwirtschaft ist vorrangig Nahrungsmittelproduktion. Durch eine ressourcenschonende Produktionsweise soll in Zukunft noch stärker eine ökologische Bewirtschaftung vor allem im Sinne des Klimaschutzes, der Erhaltung der biologischen Vielfalt und des Umwelt- und Tierschutzes betrieben werden.

Wir wollen den Menschen im ländlichen Raum eine gute Zukunft sichern. Attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume stärken dabei die Entwicklungschancen. Die SPD nimmt sich den Herausforderungen, vor denen der ländliche Raum steht, an. Regionale Schrumpfungsprozesse durch Abbau der dörflichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur sollen aufgehalten werden. Zuwanderung bedeutet daher gerade auch für den ländlichen Raum eine große Chance. Soziale Dorferneuerung muss mit Hilfe von Förderprogrammen auf Landes-, Bundes- und der europäischen Ebene gestaltet werden.

In der Zukunft liegen die Handlungsfelder vor allem in der Sicherung der Daseinsvorsorge und der Sicherung einer technischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur. Ziel ist es, die medizinische Versorgung sowie öffentliche Einrichtungen

(Kitas, Schulen) im Rahmen von Dorferneuerungsprogrammen zu erhalten. Eine gute Anbindung des ÖPNV an das Verkehrsnetz zählt dabei ebenso zu einem attraktiven Lebensumfeld, wie ein breites Angebot für altersgerechtes Wohnen. Die SPD sieht dabei die EU, den Bund, das Land und die Kommunen in der Verantwortung, konzeptionell, organisatorisch und finanziell gute Entwicklungsperspektiven für den ländlichen Raum zu erarbeiten.

Der ländliche Raum mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen schafft Arbeitsplätze vor Ort und weist ein überdurchschnittliches Wachstum auf. Wir wollen auch in Zukunft die Ansiedlung von KMU in ländlichen Gebieten fördern. Der ländliche Raum braucht auch in Zukunft Leuchtturmprojekte wie den Nationalpark, das Biosphärengebiet im Bliesgau oder den Ferienpark. Besonders hier liegen neue Wachstumsfelder im Bereich des Tourismus, Gesundheit, erneuerbare Energien und Dienstleistungen. Um Wertschöpfungspotenziale im ländlichen Raum nachhaltig zu sichern, ist neben einer konkreten Entwicklungsstrategie auch ein effektiver Breitbandausbau unumgänglich.

Eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft bildet eine weitere Grundlage für die Attraktivität und Lebendigkeit ländlicher Regionen und trägt einen wesentlichen Teil zur Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Wir unterstützen die bäuerliche Landwirtschaft darin, ihre Einkommensgrundlage zu sichern. Dazu sollen die Regionalvermarktung, der Aufbau von Wertschöpfungsketten in der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und die Diversifizierung der Betriebe weiter unterstützt werden. Den Spitzenplatz des Saarlandes im Bereich der biologischen Landwirtschaft wollen wir ausbauen. Grundsätzlich gilt für die SPD zum Erhalt der Kulturlandschaft: Naturschutz durch Naturnutz. Dabei soll das Greening weiter ausgebaut werden, denn auch die Landwirtschaft muss weitere Beiträge zum Erhalt der Artenvielfalt und zum Schutz von Boden und Grundwasser erbringen.

Der Forstwirtschaft kommt aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen eine große Bedeutung für den ländlichen Raum und das Saarland insgesamt zu. Das Saarland und der SaarForst wurden vom NABU-Bundesverband für den aus Naturschutzsicht vorbildlichen Umgang mit dem Wald ausgezeichnet. Die Bewirtschaftung des Staatswaldes orientiert sich an natürlichen Prozessen und schützt bzw. fördert die Artenvielfalt. Auch in Zukunft wollen wir im SaarForst gute wirtschaftliche Ergebnisse erreichen und gleichzeitig die vielfältigen Funktionen des Waldes für die Bürger erhalten. Auch weiterhin soll dafür partnerschaftlich mit den Kommunen zusammengearbeitet werden. Die Möglichkeiten zum Ausbau von Windenergie im Wald an geeigneten Standorten werden wir nutzen. Probleme durch die Zersplitterung der Eigentumsverhältnisse im Privatwald werden von uns angegangen.

Saarländische Identität, Tradition und Bräuche werden auf dem Land besonders gepflegt. Diese kulturellen Ressourcen des ländlichen Raums wollen wir nutzen und fördern. Das kulturelle Ehrenamt nimmt in ländlichen Regionen eine bedeutende Rolle ein, hier finden sich besonders viele Kulturtreibende in den Vereinen, auch viele Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus kommen aus dem ländlichen Raum auch viele kulturelle Impulse und bedeutende Künstler, die dem Saarland auch bundesweit ein Gesicht geben.

Die SPD macht in der Regierung eine engagierte und erfolgreiche Politik für den ländlichen Raum. Für die neue EU-Förderperiode des ELER von 2014 bis 2020 hat das Umweltministerium ein hervorragendes Saarländisches Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (SEPL) vorgelegt. Dieses werden wir erfolgreich umsetzen. Dies gilt insbesondere für den Naturschutz, die Umsetzung der Nennung der LEADER-Programme, die Umsetzung des Nationalparks, den Ausbau erneuerbarer Energie, die Umsetzung von Natura 2000 und die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land.

Durch die Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie wollen wir gute und nachhaltige Maßnahmen umsetzen und Ziele zum Schutz der biologischen Vielfalt für die kommenden Jahrzehnte im Saarland erreichen. Gemäß unserem Leitsatz, die Umwelt und Natur mit den Menschen zu entwickeln, haben wir eine Wasserrahmenrichtlinie unter Beteiligung der Öffentlichkeit entwickelt. Die Richtlinie zielt auf den ökologischen Schutz bzw. auf das gute ökologische Potenzial der bestehenden Gewässer ab. In Zukunft sollen außerdem Erfahrungen und Aspekte zum Thema Nachhaltigkeit im Saarland in einer Strategie koordiniert und gebündelt werden. Mit einer Nachhaltigkeitsstrategie wird es unser Ziel sein, nachhaltiges Handeln als Bestandteil des Alltages der Saarländerinnen und Saarländer zu festigen. Somit setzen wir im Saarland auch in Zukunft die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ um.

Die SPD hält einen umfassenden Landesentwicklungsplan für notwendig. Dieser kann nur in einer gemeinsamen Strategie für den Ballungsraum und den ländlichen Raum bestehen. Der ländliche Raum profitiert von einer starken Landeshauptstadt und umgekehrt. Deshalb wollen wir auch in Zukunft Leuchtturmprojekte auf dem Land fördern. Da gerade viele Kommunen im ländlichen Raum finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen, werden wir uns dafür einsetzen, diese zu unterstützen. Der Bund steht hier in besonderer Verantwortung. Ein erster Schritt dazu wäre eine flexiblere Mittelverwendung der Mittel aus der GAK und der GRW.

Verantwortung für Kommunen übernehmen - Reformen jetzt umsetzen angenommen

Kreisverband St. Wendel

Die SPD Saar sieht in der Sanierung der Kommunalfinanzen eine der dringlichsten Aufgaben für die aktuelle und zukünftige Landespolitik. Dies kann nur gelingen, wenn der Bund seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird und die Kommunen deutlich stärker von den ausufernden Sozialausgaben entlastet und zudem die kommunalen Einnahmen stärkt. Darüber hinaus müssen das Land und die Kommunen selbst eigene Beiträge bringen.

Das Grundsatzpapier der Saarlandklausur vom März 2015 ist eine hervorragende Grundlage für eine faire und gerechte Lastenverteilung. Die Umsetzung unseres „Saarland-Pakts“ verpflichtet Regierung und Landtag zu zahlreichen Maßnahmen, die rasch umgesetzt werden müssen, insbesondere die umgehende Einführung des strikten Konnexitätsprinzips in die Saarländische Landesverfassung.

Ein wesentlicher Baustein sind Einsparungen im Personalbereich, die durch interkommunale Zusammenarbeit erzielt werden sollen. Dabei soll zunächst das Prinzip der Freiwilligkeit gelten. Schon heute ist absehbar, dass die erwarteten Einsparsummen so nicht erreicht werden können, wenn nicht das Land eine aktivere Rolle einnimmt.

Der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit erfordert eine initiiierende, organisierende und moderierende Rolle des Landes verbunden mit deutlichen finanziellen Anreizen für eine Kooperation. Hier ist das Innenministerium in der Verantwortung, konkrete Vorschläge zu machen und Prozesse anzustoßen. Dazu zählen auch die im Koalitionsvertrag verabredeten gesetzlichen Veränderungen bei der interkommunalen Zusammenarbeit. Gerade in den Bereichen, in denen landesweite Kooperationen angestrebt werden, sind Pflichtverbände zur Zusammenarbeit notwendig. Der politische Appell des Landes an die Kommunen und die reine Beschränkung auf Abwarten und das Prinzip der Freiwilligkeit reichen nicht aus.

Zwingend ist zudem ein „Landesentwicklungsplan Infrastruktur“, der die Regionen in ihren vorhandenen Stärken stärkt und ihre Entwicklungen zielführend fördert. Hierdurch soll Gerechtigkeit bei den Entwicklungschancen und eine klare Prioritätensetzung für jede Region in unserem Land gewährleistet werden.

Diese Bausteine jetzt zügig umzusetzen statt weiter auf Zeit zu spielen ist Pflicht jeder verantwortlichen Landespolitik. Die Finanzlage der saarländischen Kommunen lässt ein längeres Abwarten nicht zu.

Stärkung der Rechte der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

angenommen

AG SelbstAktiv

Die SPD Saar fordert die Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, die Rechte der kommunalen Behindertenbeauftragten durch eine Änderung des SBGG und des KSVG zu stärken.

Bildung einer SPD International

angenommen

Kreisverband Saarbrücken-Stadt

Die SPD Saar fordert den Bundesparteitag und den Bundesvorstand der Partei auf, den Bundesparteitagsbeschluss von 2011 über die Bildung einer SPD International endlich umzusetzen.

Bericht über die Behandlung von Anträgen

angenommen

AG 60plus

Die Landesgeschäftsstelle der SPD wird – gemäß der bisherigen langjährigen Beschlusslage - aufgefordert, einmal im Jahr dem Landesvorstand und den Antragstellern einen Bericht vorzulegen, was mit den auf dem jeweiligen Landesparteitag beschlossenen Anträgen geschehen und wie der Stand der Umsetzung ist.

Information der Parteiorganisation

angenommen

AG 60plus

Der Landesvorstand wird aufgefordert, weiterhin dafür zu sorgen, dass die Parteiorganisation der SPD Saar regelmäßig über Planung, Maßnahmen, Kampagnen und Aktionen des Landesvorstandes, sowie über den Stand der Mitgliederentwicklung und den Stand der Organisation informiert wird. Dies sollte sowohl über Rundschreiben als auch per E-Mail erfolgen.

Paritätisch besetzte Doppelspitze jetzt ermöglichen!

angenommen

OV St. Johann

Der Landesparteitag der SPD Saar fordert deshalb:

Die Satzung der SPD wie folgt zu ändern:

§ 23 Parteivorstand (1) Ziffer a) wird wie folgt geändert:

1) dem oder der Vorsitzenden oder

2) zwei gleichberechtigten Vorsitzenden und zwar einer Frau und einem Mann.

Fracking

überwiesen an AK Umwelt

Kreisverband Saarbrücken-Stadt

Die SPD Saar fordert die Landesregierung, die Bundestagsfraktion, die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und den Vizekanzler sowie Bundesminister für Wirtschaft und Energie auf, auf ein generelles Verbot von Fracking zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen hinzuwirken.

Für ein neues Internationales Klimaabkommen

angenommen

Jusos Saar

Im Rahmen der Pariser UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 soll ein internationales Abkommen zum Schutz des Erdklimas erreicht werden, das die folgenden Aspekte beinhalten muss:

- Die Erderwärmung muss auf 2°C, bezogen auf die vorindustrielle Zeit, eingedämmt werden.
- Die Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen muss bereits in diesem Jahrzehnt begonnen werden.
- Beschlossene Klimaschutzziele dürfen nicht wieder aufgeweicht werden.
- Die Klimaziele dürfen nicht ausschließlich anhand der Einteilung in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer festgelegt werden.

Die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union müssen in der Vorbereitung des Klimagipfels, bei den Verhandlungen in Paris und vor allem in der Umsetzung des Klimaabkommens eine Vorreiterrolle übernehmen.

Verbraucherschutz bei Kfz-Versicherungen im digitalen Zeitalter sicherstellen

angenommen

Landesvorstand SPD Saar

Die fortschreitende Digitalisierung trägt vielfach zur Vereinfachung des alltäglichen Lebens bei. Die Kommunikation mit unseren Mitmenschen findet über entsprechende Messenger-Apps auf dem Smartphone statt, unsere Daten verwahren wir in einer von überall zugänglichen Cloud und die neuesten Serien werden bequem via Smart-TV aus der Online-Mediathek abgerufen.

Die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung wird in Zukunft in viele weitere Bereiche Einzug halten. So wird im Bereich der Kfz-Versicherungen durch die Einführung von Telematik-Tarifen versucht werden, passgenaue Tarife für die Verbraucherinnen und Verbraucher anzubieten. Die eingebaute Telematik-Box zeichnet hierbei das Fahrverhalten auf und gibt diese und weitere Informationen an die Versicherung weiter. Diese neuen Tarife wurden bislang durch verschiedene Versicherungsunternehmen erprobt und stehen kurz vor der Einführung. Dem Verbraucher werden schließlich ein Mehr an Sicherheit und Service sowie vor allem geringere Kosten versprochen. Für tatsächliche Kosteneinsparungen gibt es jedoch oftmals keine Belege. So kann ein herkömmlicher Kfz-Versicherungswechsel häufig größere Einsparungen bringen als der Wechsel in einen Telematik-Tarif.

Bei allen Vorteilen für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Versicherungsunternehmen ist die Einführung von Telematik-Tarifen jedoch auch mit möglichen Risiken behaftet. An dieser Stelle bleiben noch zahlreiche Fragen ungeklärt.

Wäre mit Einführung der Telematik-Tarife beispielsweise denkbar, dass ein höherer Beitrag zu zahlen wäre, wenn man häufig nachts unterwegs ist, da die Versicherung hier von einer höheren Unfallgefahr ausgeht? Welche Verwendung finden die Daten aus der Telematik-Box im Falle eines Unfallschadens? Welche Folgen könnte dies für die Regulierung des Schadens durch die Versicherung haben? Welche Folgen hätte es, wenn die Datenübermittlung unterbrochen wird? Wäre denkbar, dass Unfallschäden womöglich nicht reguliert würden, weil die Telematik-Box der Versicherung um wenige Millimeter zu weit abgefahrene Bremsbeläge oder die Überschreitung des Inspektionsintervalls gemeldet hat?

Zu der Gesamthematik wird aus Sicht des Verbraucherschutzes noch erheblicher Diskussionsbedarf gesehen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht Gefahr laufen, trotz zunächst ausgelobter Einsparungen durch neue Tarife letztlich weitreichende finanzielle Nachteile und eine Totalüberwachung ihres Verhaltens in Kauf nehmen zu müssen.

Neue Versicherungsangebote im digitalen Zeitalter bedürfen einer klaren Begrenzung durch den Gesetzgeber, um die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher ausreichend zu schützen. Die Gesetzgeber auf Landes- und Bundesebene werden aufgefordert, für einen ausreichenden Verbraucherschutz bei Versicherungen im digitalen Zeitalter Sorge zu tragen.

Ein wirtschaftlich starkes Saarland mit intakter Natur Ökologie und Ökonomie sind kein Widerspruch

angenommen

Landesvorstand SPD Saar

Knapp drei Jahre Jamaika sind nicht spurlos am Saarland vorbeigegangen. Insbesondere das Regierungshandeln der Grünen war von einer Klientelpolitik zur Deindustrialisierung und damit an der saarländischen Bevölkerung vorbei geprägt. Die sozialdemokratische Umweltpolitik ist innerhalb der amtierenden Großen Koalition seit dreieinhalb Jahren darauf ausgerichtet, zerschlagenes Porzellan wieder zu kitten und negative Folgen für die ansässigen Unternehmen und deren Beschäftigte abzuwenden, ohne dabei Umweltinteressen aus dem Blick zu lassen.

Unsere Position ist unmissverständlich: Ökologie und Ökonomie schließen sich auch in einem industriell geprägten Land wie dem Saarland keineswegs aus. Im Gegenteil bedingen sie sich einander zum Wohl der Gesellschaft. Intakte Natur im Zusammenspiel mit einer florierenden Wirtschaft bilden die Grundlage für ein lebens- und liebenswertes Saarland. **Wir betreiben einen aktiven Umwelt-, Arten- und Naturschutz. Gleichzeitig setzen wir uns für einen starken industriellen Kern ein**, der tausenden Saarländerinnen und Saarländern einen sicheren Arbeitsplatz gibt und damit erst die Basis für kleine und mittelständische Produktions- und Dienstleistungsbetriebe schafft.

Wir betreiben aktiven Umwelt-, Arten- und Naturschutz

Das Saarland verfügt mit dem Naturpark Saar-Hunsrück, der Biosphäre Bliesgau, dem Urwald vor den Toren der Stadt und dem länderübergreifenden Nationalpark Hunsrück-Hochwald über eine Auswahl ganz besonders wertvoller Naturraumtypen und Landschaften. Der Schutz dieser Flächen und der dortigen Artenvielfalt in Tier- und Pflanzenwelt ist für uns von großer Bedeutung. Teile des Nationalparks sowie des Urwaldes vor den Toren der Stadt Saarbrücken sollen in den kommenden Jahrzehnten vollständig sich selbst überlassen und nicht mehr bewirtschaftet werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Landschaften nicht mehr für die Saarländerinnen und Saarländer zugänglich sind. Im Gegenteil: Unsere „blühenden Landschaften“ sind schon heute Wirklichkeit. Sie dienen der Erholung und bieten eine eindrucksvolle Kulisse für Spaziergänge, Wanderungen, Sport, Freizeit und Erholung. Zusammen mit den Umweltverbänden erschließen wir die saarländischen Naturschutzgebiete für die einheimische Bevölkerung aber auch für Touristen aus nah und fern. Eine Vielzahl von prämierten Wanderwegen, Radwegen aber auch

Umweltbildungsangeboten sind das Resultat. Die Natur wird für und mit den Menschen erlebbar gemacht. Dazu gehört es auch, Landnutzer (z.B. Jäger, Landwirte, etc.) als Partner und nicht als Gegner zu betrachten. Jagd, Hege, Ackerbau und Viehzucht ergänzen das Bild der saarländischen Kulturlandschaft.

In unserer Regierungsverantwortung wurde endlich auch die Ausweisung der NATURA 2000-Gebiete in die Hand genommen. Diese Flächen wurden von der Vorgänger-Regierung vor mehr als 10 Jahren nach Brüssel gemeldet – und sind damit nicht mehr verhandelbar. Knapp die Hälfte der Gebiete wurde von uns bereits rechtssicher in Kraft gesetzt. Nicht zuletzt um im laufenden Vertragsverletzungsverfahren Strafzahlungen der EU zu vermeiden, werden wir die Baustellen unserer Vorgänger zügig abarbeiten.

Auch der Tierschutz genießt im Saarland einen hohen Stellenwert. In Person des Tierschutzbeauftragten der Landesregierung verfügen wir über einen Fachmann der abseits von Parteipolitik und politischen Interessen für die Rechte und das Wohlergehen der Tiere im Saarland eintritt.

Durch unser nachhaltiges, transparentes und kooperatives Handeln tragen wir in Absprache und im Miteinander mit allen relevanten Interessengruppen dazu bei, dass auch nachfolgende Generationen von einer intakten Natur im Saarland profitieren können.

Wir brauchen einen starken industriellen Kern in unserem Saarland

Unser Land wurde über zwei Jahrhunderte hinweg industriell geprägt. Ohne den Bergbau, die Stahl- und die Automobilindustrie würde es das Saarland als eigenständiges Bundesland nicht geben. Über Jahre und Jahrzehnte haben die Saarländerinnen und Saarländer mit harter Arbeit dafür gesorgt, dass eine Entwicklung zur modernen Dienstleistungsgesellschaft von einer rein landwirtschaftlich geprägten Region auch andernorts in Deutschland möglich wird. Die historisch gewachsenen industriellen Strukturen sind ein Markenkern unseres Landes und geben vielen Saarländerinnen und Saarländern bis heute einen Arbeitsplatz.

Um diesen industriellen Kern herum haben sich zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen angesiedelt. Industrie, Mittelstand und Dienstleistungsgewerbe profitieren voneinander und ermöglichen eine zukunftsfähige Entwicklung an der Saar.

Die SPD steht im Saarland für einen ausgleichenden Umwelt- und Klimaschutz, der der Natur ihre Entwicklungsräume gibt und die Menschen an deren Entwicklung beteiligt. Auf kleiner Fläche schaffen wir große Artenvielfalt und zugleich stabile und attraktive Arbeits- und Lebensverhältnisse. Eine nachhaltige Verbesserung der

Rahmenbedingungen für eine wohlbehaltene Natur ist auch weiterhin unser Ziel. Dazu gehört die kontinuierliche Verringerung von Emissionen und Schadstoffen in die Atmosphäre, den Boden und die Gewässer. Wir setzen uns weiterhin gegen Atomkraft ein und sehen in Kohle- und Gasverstromung lediglich eine möglichst bald zu überwindende Brückentechnologie hin in ein Zeitalter der Erneuerbaren Energien. Dazu gehört im Saarland in erster Linie der Ausbau der Windenergie. So kann im Gegensatz zu Atommeilern ein Windrad schnell und einigermaßen spurlos demontiert werden, wenn es nicht mehr gebraucht wird und einst von neuen Technologien ersetzt werden kann. Die Ängste und die Kritik der Saarländerinnen und Saarländer in diesem Zusammenhang nehmen wir ernst und wir verstehen die unterschiedlichen Interessenslagen und können sie einordnen. Am Ende brauchen wir jedoch nachhaltige, tragfähige und vor allem rechtskräftige Entscheidungen; all dies ist im Dialog möglich und wird Ziel der Politik der nächsten Jahre sein.

Recht und Gesetz bestimmen unser Handeln. In diesem Rahmen ist es unser Ansatz, Lösungen zu finden, die **ökologisch** vertretbar und zugleich **ökonomisch** sinnvoll sind.

Genfood

angenommen

ASG Saar

Die SPD Saar fordert die SPD-Bundes-und Landesminister sowie die Bundestagsfraktion auf, sich entschieden gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und gegen die von der EU-Kommission auf Druck der Agroindustrie geplante Aufweichung der Zulassungsbeschränkungen zu positionieren. Die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist entschieden gegen den Anbau. Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft braucht es aber endlich ein bundeseinheitlich wirksames gesetzliches Verbot.

Zu fordern sind weiterhin industrieunabhängige Studien zur Beurteilung möglicher gesundheitlicher Risiken von Genfood sowie der Auswirkungen gentechnisch veränderter Pflanzen auf die Umwelt und die Erhaltung und Weiterentwicklung der Biodiversität.

Ebenso fordern wir eine klare Kennzeichnung aller Produkte, bei deren Herstellung Gentechnik eingesetzt wurde. Handelt es sich um ein tierisches Produkt, so muss auch gentechnisch verändertes Futter zur Kennzeichnung des Produktes führen.

Verbot des Herbizids Glyphosat

angenommen

ASG Saar

Wir fordern ein sofortiges Verbot des Herbizids Glyphosat in Deutschland und der EU.

Weinbau im Saarland fördern

angenommen

Kreisverband Merzig-Wadern

Die SPD Saar fordert die SPD Fraktion im Landtag des Saarlandes auf, sich auch in Zukunft für eine kontinuierliche Vergrößerung der Vorgaben für Neuanpflanzungen und damit für eine größtmögliche Anbaufläche einzusetzen.

Digitales Saarland – für eine zukunftsfeste digitale Infrastruktur

angenommen

Landesvorstand SPD Saar

Die Digitalisierung unserer Welt stellt eine ähnlich bedeutsame Zäsur wie die industrielle Revolution dar. Wie bei allen großen Umbrüchen in Wirtschaft und Gesellschaft ist die Sozialdemokratie gefordert, die richtigen Antworten auf die Entwicklungen dieser Zeit zu finden, um unsere ureigenen Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Chancengleichheit zu verteidigen.

Diese Zäsur betrifft alle Lebensbereiche. Grundlegend sind für uns dabei Netzneutralität, Freiheit von Inhaltskontrolle, von Datenabschöpfungen und von Datenübertragungen an Dritte. Die SPD Saar will die Chancen der Digitalisierung ergreifen und gleichzeitig die Risiken kontrollieren. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine moderne Infrastruktur, die Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land in die Lage versetzt, gleichberechtigt alle Chancen der neuen Techniken zu ergreifen, zu nutzen und so von und mit ihnen zu profitieren.

Die Basis für ein modernes Land: schnelles Internet für alle

Ohne schnellen Zugang zum Internet ist heute eine Teilhabe an der Gesellschaft und im Wirtschaftsleben in weiten Teilen nicht mehr möglich. Unser Ziel ist es, allen Menschen den Zugang zum Internet zu ermöglichen. Daher steht das Saarland vor ambitionierten Herausforderungen, die Grundlagen zu schaffen, um unser Land weiterhin als wettbewerbsfähigen Standort, verbunden mit hoher Lebensqualität, zu positionieren. Der Zugang zum Internet mit zukunftsfesten Bandbreiten muss zum Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit zur öffentlichen Aufgabe werden. Denn durch das Internet der Dinge und neue Produktionsprozesse bei der Industrie 4.0 werden zukünftig weitaus höhere Geschwindigkeiten benötigt.

Während im Bereich der Mobilfunknetze sowie weiterer funkbasierter Zugangnetze eine relativ klar absehbare, bedarfsorientierte Ausbaudynamik besteht, ist die Situation im Festnetzbereich um ein Vielfaches komplexer: Hier herrscht ein intermodaler Wettbewerb zwischen dem klassischen Kupfernetz, dem Kabelfernsehnetz sowie Glasfaserinfrastrukturen. Die Marktakteure sind dabei neben bundesweit agierenden Providern insbesondere auch regional und lokal aktiv, so beispielsweise unsere Stadtwerke. Das Problem dabei: Das Ziel der „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung einer flächendeckenden Versorgung mit 50 Mbit/s bis 2018 kann durch die Marktkräfte nicht erreicht werden.

Unsere Grundsätze für die digitale Erschließung des Saarlands

Für die SPD Saar gelten für die Schaffung einer zukunftsfesten Breitbandinfrastruktur im Land folgende Grundsätze:

1. Die TK-Infrastruktur dabei muss dem Bedarf in allen Bereichen von Wirtschaft, Verwaltung und privater Nutzung gerecht werden und an die zukünftigen Nachfragepotenziale, insbesondere der stetig steigenden Bandbreitennachfrage, flexibel anpassbar sein.
2. Die TK-Infrastruktur soll Ansiedlungen und Erweiterungen von Unternehmen im Saarland fördern, insbesondere auch in wirtschaftlich schwächeren Gebieten. Gerade für Informations- und Kommunikationstechnologieunternehmen soll hiermit ein Anreiz gesetzt werden, um im Saarland zu investieren.
3. Der flächendeckende Breitbandausbau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bis 2018 ist eine Versorgung mit mindestens 50Mbit als Mindest- und Zwischenziel anzusehen. Bund, Länder und Unternehmen müssen dieser Verantwortung gerecht werden. Geprüft werden soll, wie insbesondere Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf breitbandintensiven Diensten basiert, an den Ausbaurkosten beteiligt werden können.
4. Die Gewährleistung von Netzneutralität sichert Innovationen und fairen Wettbewerb, Meinungsfreiheit und – Vielfalt und Teilhabe. Nur durch den freien Zugang zu einem schnellen Internet können wir die Potenziale der Digitalisierung für Gesellschaft und Wirtschaft nutzen.

Breitbandzugang gehört für uns zur Grundversorgung

Daher fordert die SPD Saar die SPD-Landtagsfraktion auf, folgende Schritte einzuleiten:

1. Die vorliegenden Breitbandstudien müssen erweitert werden zu einer ganzheitlichen Versorgungsinfrastruktur-Studie, die die Versorgung mit Energie und Wasser zur Daseinsvorsorge mitdenkt, um Synergien zu nutzen.
2. Anhand dieser Studie muss ein „Masterplan Versorgung“ entwickelt werden, der einen Investitionsplan für einen flächendeckenden Glasfaserausbau sowie eine flächendeckende Sanierung der Versorgungsinfrastruktur bis 2025 vorsieht.
3. Da die Versorgungsinfrastruktur den Kommunen bzw. kommunalen Gesellschaften zu einem Großteil gehört, bedeutet die Zielerfüllung bis 2025 ein Investitionsvolumen, das die Kommunen nicht allein bewältigen können. Aus diesem Grund muss der Bund ein „Investitionsprogramm Versorgungsinfrastruktur“ auflegen, mit dem die Kommunen bzw. die kommunalen Stadtwerke diese Investitionen stemmen können.

4. Die teilweise über 50 Jahre alten Kupferleitungen können derzeit noch aufgrund neuer Komprimierungsverfahren weiter betrieben werden. Dies verzögert jedoch eigentlich notwendige Investitionen in die „letzte Meile“. Kupferleitungen müssen daher wirtschaftlich unattraktiver, neue Glasfaserleitungen gleichzeitig attraktiver werden. Die Bundesnetzagentur ist gefordert, die hierfür notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen.
5. Zur weiteren Beschleunigung des Glasfaserausbaus müssen die jeweiligen Bauordnungen dahingehend geändert werden, dass bei allen Tiefbaumaßnahmen die Verlegung von Leerrohren verpflichtend wird.

Digitales Saarland

Moderne kommunale Verwaltung ermöglichen: Ein Kommunales Rechenzentrum schaffen

angenommen

Landesvorstand SPD Saar

Seit Jahren verschlechtern sich für die Kommunen im Saarland die finanziellen Rahmenbedingungen. Gleichzeitig gibt es im Saarland zusätzlich zum Rechenzentrum der Landesregierung ca. 50 einzelne kommunale Rechenzentren. Die Dienstleistung der Rechenzentren gilt der Versorgung der Kommunalverwaltung mit Fachverfahren für interne Aufgaben, aber auch Bürgerdiensten im direkten Bürgerkontakt sowie online. Aus diesem Grund hat die Verortung der kommunalen Rechenzentrumsdienstleistung keinen Einfluss auf die Bürgernähe der Verwaltung. Daher fordert die SPD Saar die SPD-Landtagsfraktion auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ein zentrales Kommunalrechenzentrum für alle saarländischen Kommunen zu etablieren. Träger des Rechenzentrums soll ein kommunaler Zweckverband werden.

Die Synergieeffekte eines zentralen Rechenzentrums können aus unserer Sicht nur dann vollständig generiert werden, wenn das Rechenzentrum den Kommunen nicht Rechnerkapazität, sondern Verwaltungsprozesse und Verfahren liefert. Das kann nur dann gelingen, wenn sich alle saarländischen Kommunen auf einheitliche Anwendungen einigen. Diese Vereinheitlichung bietet nicht nur ein großes Einsparpotenzial für die Kommunen, sie ist auch Voraussetzung für die Umsetzung eines modernen E-Governments.

Voraussetzung für die bürgernahe Verwaltung bei einem zentralen Rechenzentrum ist eine ausreichende Breitbandanbindung der kommunalen Verwaltungszentren. Diese muss im „Masterplan Versorgung“, der den gesamten saarländischen Breibandausbau mit beinhaltet, geregelt werden.

Kooperation von Industrie und Wissenschaft ausbauen – „Forum Industrie und Wissenschaft“ etablieren

angenommen

Landesvorstand SPD Saar

Die SPD Saar fordert die Landesregierung auf, für den Bereich der Hochschulen eine stärkere Vernetzung in der Gründungsunterstützung und die Weiterentwicklung von Förderprogrammen voranzutreiben.

Zudem fordern wir die Landesregierung auf, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft (Lehre und Forschung) und Industrie durch ein neu einzurichtendes „Forum Industrie und Wissenschaft“ weiter zu verbessern. Ziel ist es, einen regelmäßigen Austausch – insbesondere zu neuen Technologien, zur Zusammenarbeit der Technologietransfereinrichtungen und einer auf die Anforderung der Wirtschaft angepassten, bedarfsgerechten Ausbildung – zu gewährleisten und Verbesserungspotenziale frühzeitig auszuschöpfen.

Existenzgründungen im Saarland aktivieren

angenommen

Landesvorstand SPD Saar

Die SPD Saar fordert die Landesregierung zu einer weiteren, umfänglichen Förderung des Existenzgründungsgeschehens im Saarland auf. Die Fördermaßnahmen sollten breit aufgestellt sein und sich sowohl auf wissensbasierte, innovative Gründungen aus dem Umfeld der saarländischen Hochschulen beziehen, als auch auf Neugründungen in traditionellen Wirtschaftsbereichen ausgerichtet sein. Ein besonderes Augenmerk sollte auch auf Zielgruppen gerichtet werden, die noch über ein hohes Potenzial für Gründungen verfügen, wie insb. Frauen, Migranten und Kreative. Gleichmaßen sollten die Maßnahmen der wachsenden Bedeutung der Gründungen in den Freien Berufen Rechnung tragen. In den Kontext der Gründungsförderung muss aber auch die Begleitung des Generationswechsels und die Sicherung der Nachfolge in den laut Creditreform mehr als 6.000 saarländischen Unternehmen, die in den nächsten fünf Jahren zur Übergabe anstehen könnten, miteinbezogen werden.

Mit starker Industrie und innovativem Handwerk Zukunft sichern

angenommen

Landesvorstand SPD Saar

Ein starker industrieller Kern – das ist das historisch gewachsene Herz der saarländischen Wirtschaft. Er vereint großindustrielle Betriebe mit den kleinen und mittleren Unternehmen unseres Landes. Das zeigt sich an einer traditionell hohen Industriedichte: Die Beschäftigtenquote im Verarbeitenden Gewerbe liegt im Saarland bei 27 Prozent, im Bund lediglich bei 22 Prozent. Der Bruttowertschöpfungsanteil liegt hier bei 25 Prozent, im Bund bei 22 Prozent. Die saarländischen Wachstumsmotoren bilden dabei insbesondere die Bereiche Automotive, Stahl und Maschinenbau. Dieser industrielle Kern macht das Saarland für uns zum Industrieland. Indem wir diesen stärken, sichern wir die Zukunftschancen für unser Land.

- Vor diesem Hintergrund begrüßt die SPD Saar den industriepolitischen Leitlinienprozess der saarländischen Landesregierung, der dem Gedanken des Leittrags „Unser Markenkern: Gute Arbeit.“ des vergangenen Landesparteitags der SPD Saar folgt. Ein Industrieland zu bleiben, muss weiterhin der zentrale Leitgedanke für die Industriepolitik in unserem Land sein.

Um dies zu sichern, fordert die SPD Saar, alle Chancen der Digitalisierung unserer Wirtschaft zu nutzen, die unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ diskutiert werden. Das Saarland sollte dabei der Digitalisierung von Produktionsprozessen, Dienstleistungen und Arbeitswelt eine Vorreiterrolle einnehmen: Einmal, um seine Position als Industrie- und Produktionsstandort zu stärken und auszubauen, zum anderen, um mit seinen Hochschulen und Forschungsinstituten sein Innovationspotential vollumfänglich zu nutzen.

Mit dem Wandel von Arbeitsinhalten und Arbeitsformen durch die Digitalisierung entstehen aber Ängste, insbesondere bei den Beschäftigten. Diese Ängste müssen wir ernst nehmen, aufgreifen und gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern begegnen.

- Ziel der SPD Saar ist es hierbei, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, Beschäftigte mitzunehmen, Chancen aufzuzeigen und Mitgestaltung zu ermöglichen. Basis für die Gestaltung des Wandels in der Arbeitswelt ist für die SPD Saar das Konzept ‚Gute Arbeit‘.
- Die SPD Saar fordert daher als Teil der neuen saarländischen Industriepolitik die Gründung eines „Bündnisses Arbeit 4.0“. Sozialpartner, Wissenschaft und Politik sollen hier gemeinsam die Probleme, Risiken und Chancen bei der Umwandlung auf dem Weg zur Arbeitswelt 4.0 erörtern können.

In vielen Unternehmen bestehen noch erhebliche Unsicherheiten über Möglichkeiten und Herangehensweisen bei der Umsetzung der Digitalisierung der Produktion. Um jedoch in unserem Land zum Vorreiter bei der Digitalisierung der Produktion und speziell der „Mensch-Roboter-Kooperation“ zu werden, soll gerade der Mittelstand für die Vorteile der Digitalisierung gewonnen werden.

- Deshalb fordert die SPD Saar, die Vernetzung der mittelständischen Industrie mit jungen, innovativen IT-Unternehmen zu fördern. Bestandteil der neuen industriepolitischen Leitlinien muss es sein, den Zugang zu finanziellen Fördermöglichkeiten für Innovationsprojekte sicherzustellen und das Aufzeigen von Best Practice-Beispielen zu ermöglichen.

Eine starke Industrie braucht neben einer aktiven Industriepolitik aber auch ein leistungsstarkes und kreatives wirtschaftliches Umfeld. Im Saarland wird diese mit Industrie und Handel die Wirtschaft des Landes tragende Säule durch ein modernes Handwerk gebildet. Die handwerklichen Zulieferer sind für die Industrie von größter Bedeutung zur Umsetzung anstehender Investitionen. Die zuverlässigen konsumorientierten Handwerksbetriebe machen das Saarland darüber hinaus zu einem attraktiven Standort zum Arbeiten und Leben.

Immer mehr saarländische Handwerksbetriebe sorgen dabei mit einer hohen Kapazitätsauslastung, wachsenden Auftragsreichweiten und einer stabilen Beschäftigungsentwicklung für steigende Umsätze. Fast 12.000 Betriebe beschäftigen über 60.000 Saarländerinnen und Saarländer.

- Die SPD Saar fordert die Landesregierung daher auf, die Stärkung des saarländischen Handwerks in den Fokus zu rücken.
- Das Innovations- und Entwicklungspotential des Handwerks ist dabei in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer und den Hochschulen im Land durch eine weitere Vernetzung von Handwerk und Wissenschaft zu fördern.
- Die Bedürfnisse des Handwerks sind bei der Sicherung von Unternehmensnachfolgen und der Fachkräftegewinnung durch die duale Ausbildung im Besonderen zu berücksichtigen.
- Durch die verstärkte Bekämpfung der Schwarzarbeit sind Aufträge für das saarländische Handwerk zu sichern und somit die ehrlichen Handwerksbetriebe zu stärken.

Gesetzlicher Mindestlohn für Auszubildende

überwiesen an Landesvorstand der SPD Saar

Jusos Saar

Auszubildende verdienen je nach Branche und Region sehr unterschiedlich. So haben nach einer Vergütungstabelle der Hans-Böckler-Stiftung Auszubildende im Bauhauptgewerbe mehr als 1400 Euro Brutto Monatslohn, wohingegen Auszubildende im Transport- und Verkehrsgewerbe nur ein wenig mehr als 300 Euro monatlich als Vergütung erhalten. Auszubildende in den neuen Bundesländern verdienen durchschnittlich 60 Euro weniger pro Monat als Auszubildende in den alten Bundesländern.

Um Ausbildungen attraktiver zu gestalten, fordern wir für alle Auszubildenden einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn.

Einige Auszubildende sind momentan auf BAFöG-Mittel angewiesen. Es ist unzumutbar, dass Auszubildende, welche Vollzeit arbeiten, teilweise schwerste körperliche Arbeit leisten und sich daneben noch ihrer theoretischen Ausbildung widmen müssen, mit der Ausbildungsvergütung nicht einmal ihre Ausbildungskosten (Arbeitskleidung, Fahrtkosten, Fachbücher,...), geschweige denn ihren Lebensunterhalt leisten können. Neben den Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnung, etc. benötigen Auszubildende, insbesondere in ländlichen Regionen mit leider immer noch häufig schlechten Busverbindungen, oftmals ein Auto um zu ihrer Ausbildungsstelle und zur Berufsschule gelangen zu können. Aber auch der öffentliche Nahverkehr ist mit teils hohen Kosten verbunden. Dies muss von einer Ausbildungsvergütung finanzierbar sein.

Sowohl Unternehmen als auch Auszubildende profitieren zwar beiderseits von der Ausbildung, dennoch sollte die geleistete Arbeit zumindest angemessen vergütet werden. Die Höhe des Mindestlohns für Auszubildende sollte dem Maximalbetrag des BAFöG entsprechen. Viele Ausbildungsstätten finden nicht genügend Auszubildende, unter anderem auch, weil sich immer mehr junge Menschen nach dem Schulabschluss für ein Studium entscheiden. Dies wirkt sich verstärkend auf den derzeitigen Fachkräftemangel in Deutschland aus. Eine bessere Ausbildungsvergütung würde dazu beitragen eine Ausbildung wieder attraktiver zu machen.

IPV6 – Gläsernes Internet – NEIN DANKE!

überwiesen an Zukunftswerkstatt Digitale Agenda

Jusos Saar

Wir fordern:

- Jedes neue IPv6-fähige Gerät das verkauft wird muss über die Option Privacy Extension verfügen. Die Beibehaltung des Systems der dynamischen IP-Vergabe für die Hälfte der IPv6 Adresse die vom Internetprovider stammt sofern dies vom Kunden gewünscht ist. „Da der Standard für Privacy Extensions, RFC 4941, dies sowieso in Section 3.6 vorschreibt, sollten die Geräte auch über die Möglichkeit verfügen, die Funktion zu aktivieren beziehungsweise zu deaktivieren sofern dies vom Kunden gewünscht ist.
- Diese Option ist standardmäßig zu aktivieren, wenn das Gerät kein Server sein soll.

Taktwechsel im ÖPNV

überwiesen an Landesvorstand mit der Maßgabe, die Thematik in die Gespräche mit der kommunalen Ebene zur Entwicklung der Landesplanung einzubeziehen

Jusos Saar

- Die SPD Saar fordert die Einführung eines Saarland-Tickets für die Einwohnerinnen und Einwohner auf Steuerbasis, was durchaus mit einer Erhöhung von einkommens- oder vermögensbezogenen Steuern einhergehen sollte.
- Gleichzeitig fordern wir für InhaberInnen des Saarland-Tickets die Abschaffung des aktuellen Fahrscheinsystems des ÖPNVs im Saarland, sowie die Abschaffung des Semestertickets für die Studierenden der Saarländischen Hochschulen.
- Wir fordern außerdem die Fusionierung aller saarländischen Verkehrsbetriebe zu einem einheitlichen großen Verkehrsbetrieb für den saarländischen ÖPNV, welcher durch das Land als Träger geführt wird.
- Ebenso fordern wir die Stärkung des aktuellen Streckennetzes im saarländischen ÖPNV, durch bessere Abstimmungen der einzelnen öffentlichen Verkehrsmittel, den Ausbau bestehender Streckennetze und die Entwicklung neuer Streckenrouten.
- Außerdem fordern wir die Stärkung des grenzüberschreitenden ÖPNVs im Metropolraum SaarMoselle. Zudem soll hierfür ein grenzüberschreitender Oberträger eingerichtet werden, der diese länderübergreifende Stärkung des Metropolraums in der SaarLorLux Region nachhaltig ausbauen und garantieren kann.

Standort stärken – Für zukunftssichere Industrieregionen im Saarland

angenommen

Kreisverband Saarlouis

Das Saarland ist Industrieland. Vor allem in den Bereichen Stahl und Automobile finden zahlreiche Saarländerinnen und Saarländer Arbeit, die entsprechende Zulieferindustrie vervielfacht die Zahl dieser Arbeitsplätze noch. Doch steht das Saarland in ständiger Konkurrenz zu anderen Regionen in Deutschland, aber auch Europa. Standortvorteile wie die zentrale Lage und gut ausgebaute Infrastruktur sind ein Muss im interregionalen Wettbewerb. Der SPD Saar ist klar, dass ein Verharren auf dem erreichten Stand für eine Industrieregion wie das Saarland einen Rückschritt bedeutet. Deshalb gilt es die Stärken des Industriestandorts zu stärken und seine Schwächen zu schwächen. Nur ein ganzheitliches Konzept, das Industrie, Forschung und Entwicklung sowie Handwerk, Handel und Dienstleistungen als eine Einheit sieht, kann den entscheidenden Vorsprung vor anderen Regionen schaffen und auch auf Dauer garantieren.

Hierzu schlagen wir vor:

- **Fokus auf Gründungs- und Mittelstandspolitik**

Bereits jetzt verfügt das Saarland über einen guten Branchenmix, der – auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen – ein sicheres Standbein für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze bedeutet. Diesen Branchenmix weiter zu diversifizieren und Neugründungen, vor allem aus den Innovations- und Technikbereichen, voranzutreiben ist unser Ziel.

Wir betonen die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen für unser Saarland. Nicht nur stehen die Unternehmen und Betriebe für hohe Qualität, sie sind auch unverzichtbare Kooperationspartner für die weltweit agierenden Großunternehmen im Saarland. Eine aktive Branchenentwicklung führt zu Innovationsräumen, die entscheidender Standortvorteil für die großen Industriebetriebe des Landes sind. Wir wollen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand so ausbauen, dass Investitionen in Wachstum und Beschäftigung sowie in Innovation und Entwicklung ermöglicht und beschleunigt werden.

- **Großes entsteht im Kleinen: Ausgründungen in Innovation, Technik und Forschung & Entwicklung**

Wir fördern eine auf die Kernkompetenzen des Saarlandes abgestimmte Förderung im Bereich Forschung und Entwicklung. Damit sichert sich nicht nur das Saarland auf Dauer die Bedeutung als Industriestandort, an dem Stahl- und

Automobilunternehmen auf kluge Köpfe zurückgreifen können, sondern schafft es auch, junge Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie hochqualifizierte Handwerkerinnen und Handwerker im Land zu halten. Einer Abwanderung dieser so dringend benötigten Fachkräfte müssen wir attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze in innovativen Bereichen entgegensetzen. Ein Standort ist immer nur so gut, wie die Köpfe, die er den Unternehmen bieten kann. Die räumliche Nähe zwischen den Unternehmen und den Fokuspunkten im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation ist dabei entscheidend.

- **Die Vernetzung macht's: Wir bringen zusammen, was Zukunft bringt**

Mit neuen Ideen und neuem Wissen wollen wir Innovationen schaffen – und diese gleich bei uns mit der heimischen Wirtschaft auf den Markt bringen. Insbesondere KMU müssen nah an unsere innovative Hochschul- und Forschungslandschaft rücken. Wir fordern dazu die Einführung einer neuen, institutionalisierten Form des Austauschs durch ein „Forum Industrie und Wissenschaft“. Damit bauen wir ein Netzwerk zwischen Großunternehmen, KMU, den Innovationsbranchen, der Wirtschaftsförderung und nicht zuletzt dem Wirtschaftsministerium. Im ständigen Dialog mit der saarländischen Wirtschaft, ob nun mittelständischer Betrieb oder Global Player liegt die Chance die Wirtschaftspolitik an den Bedürfnissen der Wirtschaftenden auszurichten. Flankiert wird diese bessere Abstimmung durch Anpassung in den Bereichen Aus- und Weiterbildung sowie aktiver Arbeitsmarktpolitik. Wir schlagen deshalb vor, dass das Wirtschaftsministerium eine Plattform zum Thema Mittelstand gemeinsam mit Kammern, Unternehmen, Forschung, Gründern und Wirtschaftsförderern schafft, um eine bessere Vernetzung zu erreichen und Synergieeffekte zu heben.

Herausgeber

Landesgeschäftsstelle der SPD Saar

Talstraße 58, 66119 Saarbrücken

